Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Kressin, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27, — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährl. 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 91. Halle, Freitag den 19. April 1918. 2. Jahrgang.

Im Ringen um Ypern!

Ostende von See beschossen.

Berlin, 18. April. In der Nacht vom 17. auf 18. April wurde Ostende von See aus beschossen. Militärischer Schaden ist nicht entstanden.

Unsere Torpedobootstreitkräfte nahmen am Morgen des 18. April feindliche Lager und Stapelplätze zwischen Dünkirchen und Nieuport mit 600 Schuß unter Feuer.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Kämpfe in Flandern.

Am Morgen des 17. April wurde ein starker feindlicher Angriff gegen Wytschaete im deutschen Abwehrfeuer erstickt. Auch später, nach starker Artillerievorbereitung unternommene tiefgegliederte feindliche Angriffe hier und nordöstlich Wulvergem brachen unter sehr starken Feindverlusten blutig zusammen. Zwischen Bailleul und Merville, vor allem südlich Merville, erreichte das feindliche Feuer tagsüber größte Heftigkeit. Ein deutscher Vorstoß in die feindlichen Linien westlich Meteren brachte 80 Gefangene ein. In der Nacht vom 17. zum 18. richtete der Feind auf der ganzen Front starke Feuerüberfälle gegen die deutschen Gräben.

Die Bahn nordwestlich von Amiens, das Meisdreieck Longueau sowie die Bahnstrecke Amiens—Ailly wurden von der deutschen Artillerie ausgiebig beschossen.

Französische Hafenplätze bedroht!

Englische Blätter brachten in Telegrammen von der Front zum erstenmal von einer Bedrohung der von England besetzten französischen Häfen. Times erfährt, daß die französischen Verstärkungen in der Nähe der britischen Linien eingetroffen seien.

Laon andauernd unter schwerem französischen Feuer

Die von den Franzosen nun schon seit Wochen fortgesetzte heftige Beschießung des Stadtinnern von Laon hielt auch am 17. April an. Die Zerstörung der Stadt durch französische Granaten gewinnt immer größeren Umfang.

Zwischen Maas und Mosel

richtete der Feind am 17. April kurz nach 6 Uhr vormittags einen Angriff mit stärkeren Kräften nach ausgiebiger Artillerievorbereitung gegen die deutschen Stellungen nördlich Flirey. Der Angriff wurde im Nahkampf zurückgeschlagen. Eine größere Anzahl Gefangene, mehrere Maschinengewehre sowie zahlreiches Sturmgerät blieben in deutscher Hand. Der Gegner erlitt sehr starke blutige Verluste.

Die Kriegsgefahrenzone bis Paris ausgedehnt.

Der Frankreichberichterstatter des Echo de Paris meldet eine Verstärkung des deutschen Artilleriedruckes auf Amiens. Auch die Erkundungsflüge über dem Gebiet von Amiens seien wieder in Zunahme begriffen. Die Gefahrzone wurde bis an das Weichbild von Paris ausgedehnt; Saint-Denis im Norden von Paris bildet einen südlichen Abschluß des Gefahrengebietes.

Die Kämpfe am Ypernbogen.

Zonnebeke, Paschendaele, Poelkapelle und Langemarck sind wieder in deutschem Besitz. Auf der ganzen Welt gibt es keinen Fleck Erde, um den so viel Blut geflossen ist, wie um diese vier flandrischen Dörfer, die in Wirklichkeit nur noch Schutthaufen und Namen auf der Karte sind. In die Hunderttausende gehen die englischen Verluste der Flandernschlacht. Damals konnten nur dort, wo im rasenden Trommelfeuer das letzte Leben erstorben und die letzte Waffe verschüttet oder zerschossen war, die Briten schrittweise vorwärts kommen. So fielen die vier Dörfer in die Hände der Briten. Es waren heiße Kämpfe, denen jedoch der Erfolg versagt blieb. Jetzt ist auch der letzte Schimmer eines Erfolges in der Flandernschlacht mit der Wiedereroberung von Zonnebeeke, Paschendaele, Poelkapelle und Langemarck ausgelöscht. Die Namen bezeichnen lediglich die riesigen Friedhöfe der Blüte des englischen Heeres.

Schwere englische Verluste.

Am 17. April wurde ein 18jähriger Engländer gefangen, der völlig unausgebildet erst einige Tage als Armierungssoldat an der Front war. Er war bewaffnet und in eine Kompagnie gesteckt worden und mußte sofort in vorderster Linie mitkämpfen. Bei Laventie wurde eine ganze Armierungskompagnie ohne Gewehre gefangen. In einem Gasthof bei Bailleul befand sich ein Bataillonsstab in Stärke von 60 Offizieren und Mannschaften, der an einem Tage 53 Mann verloren hatte. Ferner wurde ein Russe gefangen, der gezwungen worden war, in die englische Armee einzutreten. — Alle diese Einzelheiten beweisen einerseits die schweren englischen Verluste, anderseits oder, zu welchen Mitteln England greift, um die klaffenden Lücken seiner Armeen wieder zu schließen.

Die Entwicklung der Schlacht von Armentieres

wird von der französischen Presse aufmerksam verfolgt, die vorläufigen deutschen Fortschritte werden sogar zugegeben. Petit Journal erklärt: Wenn die Deutschen die Höhen bei St. Omer und Cassel erreichen können, müssen die Engländer und Belgier die Stellungen an der Yser räumen. Die deutsche Offensive könnte einen gefährlichen Umfang annehmen. Renaudel schreibt in der Humanité: Man darf sich nicht verhehlen, daß die Kämpfe im Norden nicht als isolierte Aktion aufzufassen sind, sie passen vielmehr ausgezeichnet in den strategischen Rahmen der Operationen, die Hindenburg seit einem Monat angefangen hat. Die Lage der Armentieres ist ebenso ernst wie die Lage war, als die Deutschen gegen Amiens und Montdidier vorstießen.

Deutscher Heeresbericht vom 18. April.

Großes Hauptquartier, 18. April.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der Feind überließ uns gestern große Teile des von ihm in monatelangem Ringen mit ungeheuren Opfern erkauften flandrischen Bodens. Die Armee des Generals Sixt v. Arnim nahm, dem schrittweise weichenden Feinde scharf nachdrängend, Poelkapelle, Langemarck und Zonnebeke und warf den Feind bis hinter den Steenbach zurück. Südlich vom Blankartsee hemmte ein feindlicher Gegenstoß unser Vorwärtsbringen.

Nördlich von der Lys gewannen wir unter starkem Feuerschutz Boden und säuberten einige Maschinengewehrnester. Die Kämpfe der letzten Tage brachten mehr als 2500 Gefangene, einige Geschütze und zahlreiche Maschinengewehre ein.

An der Schlachtfront zu beiden Seiten der Somme nahm der zeitweilig auflebende Feuerkampf bei Moreuil und Montdidier größere Stärke an.

Auf dem Ostufer der Maas hatten kleinere Unternehmungen bei Ornes und Watronville vollen Erfolg und brachten Gefangene ein. Nördlich von Flirey (zwischen Maas und Mosel) scheiterte ein starker französischer Vorstoß unter blutigen Verlusten.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Verheerungen in Paris.

Bei der Fernbeschießung auf Paris, die am Sonnabend früh einsetzte und bis in die Nacht dauerte, radierte ein Geschoß das Dach eines fünfstöckigen Hauses ab und warf es auf die Straße. Einige Passanten wurden schwer verletzt. Eine andere Granate zerspaltete ein großes Gebäude vom Dach bis zum Keller und verwandelte die erste Etage in einen Schutthaufen. In einem sehr bevölkerten Stadtteil wurde der erste und zweite Stock eines Mietshauses hinuntergedrückt. Durch die Ferngeschießung entstanden an demselben Tage auch einige Brände, denen Clemenceau in Person zuschaute. Er wurde sogar bei den Löscharbeiten bis auf die Haut durchnäßt. Infolge der dauernden Beschießung traf man Vorbereitungen, um Hunderttausend Pariser Kinder auf dem Lande unterzubringen.

Leiden der französischen Bevölkerung unter englischer Brutalität.

Trostlos ist das Unglück, in das die Bewohner von Dörfern und Städten der Lysebene durch britische Rücksichtslosigkeit versetzt wurden. Den Engländern war bei ihrem teilweise kopflosen, fluchtartigen Rückzug die zurückbleibende französische Bevölkerung völlig gleichgültig. Die unglücklichen Einwohner mußten während der Beschießung ihrer Dörfer in den Kellern Schutz vor den einschlagenden Geschossen suchen; es waren vor allem Greise und Greisinnen, Kranke und Kinder, die zu hilflos waren, um die Flucht zu wagen. Die Engländer wußten, daß der deutsche Ansturm über sie hinwegbrausen würde. Trotzdem trafen sie nicht die geringsten Maßnahmen für ihren rechtzeitigen Abtransport. Zusammengekauert, verwundet oder sterbend fanden die Deutschen die zitternden Unglücklichen und brachten die Ueberlebenden ans Tageslicht. Rüstige Leute, die im letzten Augenblick hatten fliehen wollen, fanden die Lysbrücke von den Engländern gesprengt. Jetzt haben deutsche Offiziere den Einwohnern die letzten bewohnbaren Räume als Quartiere zugewiesen und für ihre Verpflegung gesorgt. In Sailly bestanden die 330 zurückgebliebenen Einwohner nur aus Frauen und Kindern. Laventie und Estaires sind brennende Trümmerhaufen. Die dort am Leben gebliebenen Frauen, Kinder und Greise wurden in deutschen Autos nach rückwärts in Sicherheit gebracht. Auch La Gorgue und Lestram sind völlig zusammengeschossen. Die französische Bevölkerung dieser Zone weiß, daß sie alles Elend und allen Jammer lediglich den Kriegsverlängerern Lloyd George und Clemenceau verdankt. Ihre Entrüstung über die rücksichtslose, brutale Behandlung durch die Engländer ist erklärlich.

Die ungeheure englische Material-Einbuße.

Mit dem Verlust seiner Stellungen zwischen La Bassee und Wytschaete hat der Engländer nunmehr seit dem 21. März fast zwei Drittel seiner Gesamtfront verloren. Ihm blieben an gehaltenen Stellungen vorläufig nur die schmalen Strecken zwischen Arras und La Bassee sowie zwischen Wytschaete und dem Südende der belgischen Front. Was alles auf dem weiten Raum allein an Minenwerfern, festeingebauten Maschinengewehren in Beton- und Panzertürmen, an Fernsprechgerät, Feldbahnmaterial, Stacheldraht, festeingebauten Unterständen usw. verloren ging, läßt sich nicht annähernd abschätzen. Die gesamte Stellungsmunition, das heißt, die in den Batteriestellungen liegenden eisernen Bestände sowie die Munitionslager der eingesetzten Divisionen wurden deutsche Beute oder durch Artilleriefeuer vernichtet. Der Verlust dieses ungeheuren Material bedeutet eine schwere Einbuße für die Briten. Die Tiefe des deutschen Vordringens brachte es ebenfalls mit sich, daß überall auch die zahlreichen im Kriegsverlaufe mühsam gebauten Stellungen für Eisenbahngeschütze zum Teil mit den zugehörigen Kanonen in deutsche Hand fielen. Bedenkt man, welche ungeheuren Kosten Herstellung und Transport dieses Materials verursachen, so läßt sich der englische Vermögensverlust zahlenmäßig nicht annähernd abschätzen.

Die Aussichten eines Wahlkampfes in Preußen.

Mehrfach hat die preußische Regierung feierlich versprochen, zur Durchführung ihrer Wahlvorlage auch die schärfsten ihr zu Gebote stehenden verfassungsmäßigen Mittel anzuwenden. Das bedeutet die Ankündigung der **Auflösung des Abgeordnetenhauses** für den Fall einer Ablehnung des gleichen Wahlrechts. Wie die Dinge stehen, muß nach den zweimaligen Kommissionsbeschlüssen mit einer solchen Ablehnung ernsthaft gerechnet werden, und da die Regierung bisher keinen Anlaß geboten hat, an der Ernstlichkeit ihres Willens und der Aufrichtigkeit ihrer Erklärungen zu zweifeln, so rückt ein Wahlrechts-Wahlkampf in immer greifbarere Aussicht.

Da dieser Wahlrechtskampf noch unter dem geltenden Dreiklassenwahlrecht geführt werden muß, so sind Sonne und Wind sehr ungleichmäßig bei ihm verteilt, die Anhänger des gleichen Wahlrechts fechten von vornherein in zehnfach ungünstigerer Position. Wäre das nicht, so könnte gar kein Zweifel bestehen, daß die Wahlrechtsfeinde in diesem Wahlkampf so entsetzlich zusammengehauen werden, daß man kaum eine Parallelerscheinung in der Geschichte der Wahlkämpfe finden würde.

Anderseits besteht aber auch kein Zweifel, daß die Stimmung für das gleiche Wahlrecht nicht nur in den Arbeiterkreisen, sondern auch in weiten Kreisen des Bürgertums so gewachsen ist, daß sich ihr Einfluß selbst in dem Zerrbild, das die Dreiklassenwahl von der Volksstimmung gibt, widerspiegeln muß. Der Ausdruck solcher Massenstimmungen kann durch ungerechte Wahlsteine wohl abgeschwächt, aber doch nicht gänzlich beseitigt werden.

Nun ist allerdings in letzter Zeit mehrfach ein Bedenken laut geworden, daß sich dafür zusammenfassen läßt, ob nicht doch gerade die Eigentümlichkeiten des Dreiklassenwahlrechts die wahre Wählerstimmung völlig unterdrücken werden. Man argumentiert folgendermaßen: Die besten und meisten Wähler für das gleiche Wahlrecht stehen im Felde. Unter den Daheimgebliebenen aber befindet sich der ganze Haufen der **Kriegsgewinnler** und Kriegswucherer. Bei gleichen Wahlen könnten diese freilich keinen Schaden anrichten. Aber das Dreiklassenwahlrecht konzentriert ja allen Einfluß auf den Geldsack, auf den Besitz. Bei einem Wahlkampfe während des Krieges hätten also die Kriegsgewinnler das Heft in den Händen. Sie müssen jedoch ihrer Natur nach Gegner des gleichen Wahlrechts sein. Denn ein abgestuftes Wahlrecht in Preußen, das den Besitz ausgiebig berücksichtigt, erscheint ihnen als das sicherste Bollwerk gegen hohe Besitz- und Vermögenssteuern. Solange noch der Satz gilt, daß die direkten Steuern nicht vom Reiche, sondern von den Bundesstaaten erhoben werden, haben jene Kreise das größte Interesse; daran, um mit dem Zentrumsauer zu reden, „das Parlamentsmandat der Besitzenden" nicht an ein Parlament des gleichen Wahlrechts auszuliefern.

Es ist zweifellos richtig, daß bei jetzt erfolgenden Neuwahlen unendlich viel Freunde des gleichen Wahlrechts von der Wahl ausgeschaltet und der Einfluß der Kriegsgewinnler durch das Dreiklassenunrecht sehr erhöht sein wird. Dies Moment wird bei der Beurteilung des Wahlergebnisses sicher zu beachten sein. Aber man soll es nicht überschätzen. Richtig ist auch, daß bei einer Auflösung des Abgeordnetenhauses die Neuwahlen **noch während des Krieges** erfolgen müssen, denn nach Artikel 51 der Preußischen Verfassung haben sie binnen 60 Tagen nach der Auflösung zu erfolgen. Die Regierung könnte allerdings Neuwahlen während des Krieges vermeiden, indem sie das Abgeordnetenhaus nicht auflöst, sondern schließt und die Auflösung erst nach Friedensschluß ausspricht. Aber eine solche Auflösung würde weit weniger Eindruck machen als eine, die unmittelbar im Anschluß an die Ablehnung der Regierungsvorlage ausgesprochen würde. Außerdem würde diese Taktik die Erledigung der Wahlreform wieder auf unbestimmte Zeit verzögern, ein Zustand, der doch gerade vermieden werden sollte.

Also wird um die Neuwahlen während des Krieges nicht herumzukommen sein. Und hier liegen die Aussichten doch weit günstiger als die übertriebene Furcht vor dem Widerstand der Kriegsgewinnler es erscheinen läßt.

Voraussichtlich wird die Entscheidung über die Wahlreform nur an wenigen Stimmen hängen. Setzen wir die Ablehnung voraus, so wird sich zeigen, daß eine Vermehrung der Anhänger des gleichen Wahlrechts um auch nur **zehn oder fünfzehn Mandate** schon vollauf genügen würde, um der Regierungsvorlage in dem neuen Hause eine Mehrheit zu sichern. So sehr auch vom moralischen Standpunkte ein überwältigender Sieg der Wahlrechtsfreunde zu wünschen ist, so genügt doch vom taktischen Standpunkte aus eine ganz geringfügige Verschiebung des gegenwärtigen Mandatbesitzes.

Der entscheidende Gewinn kann möglicherweise schon vor der eigentlichen Wahl erzielt werden, nämlich bei der **Aufstellung der Kandidaten**. Es ist ja hinlänglich bekannt, daß die große Mehrheit der nationalliberalen **Partei für das** gleiche Wahlrecht eintritt **im Gegensatz zu der nationalliberalen** Landtagsfraktion, deren **Mehrheit wahlrechtsfeindlich** ist. Hat doch die Nationalliberale Korrespondenz ganz offen dagegen protestiert, daß die Landtagsfraktion in einer ent-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180419-11/fragment/page=0001

scheidenden politischen Frage die Meinung der Partei vergewaltige. Ist es den Nationalliberalen mit ihrem Eintreten für das gleiche Wahlrecht ernst, so brauchen sie nur diejenigen Abgeordneten, die gegen das gleiche Wahlrecht gestimmt haben, bei der kommenden Wahl nicht wieder aufzustellen... Schon in der Kandidatenaufstellung der Nationalliberalen könnte möglicherweise die Entscheidung des gesamten Wahlkampfes liegen. Denn wenn die künftige nationalliberale Fraktion nur noch aus Anhängern des gleichen Wahlrechts besteht, so ist dessen Annahme gesichert, wenn die Wahlrechtsfreunde nur Verluste im Wahlkampf vermeiden, von Gewinnen brauche noch nicht einmal die Rede zu sein.

Aber da dies eine Sache ist, über die allein die Nationalliberalen zu entscheiden haben, so soll man sich hierauf nicht verlassen, zumal man nicht weiß, wie weit sich die nationalliberalen Wähler gegenüber gewissen einflußreichen Elementen innerhalb der Partei zur Geltung bringen können. Um so mehr aber sollten die Freunde des gleichen Wahlrechts den Wahlkampf ausschließlich unter dem Gesichtspunkt führen, daß dies letzte zu wählende Dreiklassenhaus nur noch den Zweck hat, das gleiche Wahlrecht anzunehmen, um dann einem auf Grund des gleichen Wahlrechts gewählten Parlamente Platz zu machen. Das heißt: der ganze Wahlkampf muß ausschließlich unter dem Gesichtspunkte des gleichen Wahlrechts geführt werden. Die Parole darf nur lauten: Freund oder Feind, Anhänger oder Gegner des gleichen Wahlrechts?

Die Rechtsfreunde, die das Dreiklassenwahlrecht den Wahlrechtsfreunden aufzerzwingen, müssen diese durch ein absolut geschlossenes Vorgehen ausgleichen. Es wäre z. B. folgendes möglich: die Abgeordneten, die im alten Parlament für das gleiche Wahlrecht gestimmt haben, werden sämtlich aufgestellt, und zwar als gemeinsame Kandidaten sämtlicher wahlrechtsfreundlichen Parteien. Kommt ein solches Abkommen zustande — und bei gutem Willen aller Beteiligten muß es sich erzielen lassen —, so erscheint die Wiederwahl aller bisherigen Anhänger des gleichen Wahlrechts gesichert. Die Wahlrechtsfreunde werden alsdann so gut wie gar keine Verluste im Wahlkampf zu verzeichnen haben.

Es handelt sich dann lediglich noch darum, den Wahlrechtsfeinden die nötige Anzahl Mandate zu entreißen. Auch hier empfiehlt sich geschlossenes Vorgehen. Das heißt in den Kreisen, die bisher wahlrechtsfeindlich vertreten waren, wird den bisherigen Mandatsinhabern möglichst nur ein wahlrechtsfreundlicher Kandidat gegenübergestellt. Auch über diese Gegenkandidaturen ließe sich wohl ein Abkommen erzielen. Bei einem solchen Vorgehen müßte es mit dem Teufel zugehen, wenn den Wahlrechtsfeinden nicht mindestens an die 50 bis 100 Mandate entrissen werden, jedenfalls fünfmal so viel, als nötig sein werden, um eine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht zu erzielen! Trotz des Einflusses der Kriegsgewinnler, trotz der Tatsache, daß Millionen Wähler für das gleiche Wahlrecht im Felde stehen!

Ungewöhnliche Situationen erfordern ungewöhnliche Mittel. Diese Wahl läßt sich, wenn sie zur Tatsache wird, mit anderen Wahlen gar nicht vergleichen. Es handelt sich nicht um die Wahl eines Parlamentes, von dem man im voraus noch gar nicht genau weiß, über welche Fragen es zu entscheiden haben wird, sondern um ein Parlament, das allein und ausschließlich zur Entscheidung einer einzigen Frage gewählt wird, und zwar einer Frage, an der Deutschlands ganze Zukunft hängt. Es kommt hinzu, daß diese Wahl sich unter einem Wahlrecht vollzieht, das den Willen der Wählerschaft in größter Weise verfälscht. In dieser Situation müssen hinter der Erreichung des positiven Zieles, des gleichen Wahlrechts, alle anderen Rücksichten zurücktreten. Daß die Sozialdemokratie aus eigener Kraft unter dem Dreiklassenwahlrecht eine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht erringen kann, ist ausgeschlossen, selbst wenn sie die große Mehrheit der Urwähleristimmen auf sich bereinigt. Gegenüber einem Feind, der hinter dem Dreiklassenwahlrecht verschanzt sitzt, ist nur eine Regel die höchste: **die Regel, die ihn schlägt.**

Diese Regel gilt es, bei kommenden Neuwahlen unbedingt zu finden. Erfolgt die Vernichtung der Wahlrechtsfeinde unter dem Dreiklassenwahlrecht, dann sind sie ein für allemal vernichtet. Denn wo sie das schlechteste Wahlrecht nicht mehr schützt, da gibt es für sie keinen Schutz mehr.

(Vorwärts.)

Der Krieg zur See.

Berlin, 18. April. (Amtlich.) Am Morgen des 31. März wurde von einem unserer Unterseeboote, Kommandant Kapitänleutnant Wilhelm Meyer, ein besonders wertvoller englischer Passagierdampfer, ein Schiff von mindestens

achtzehntausend Brutto-Register-Tonnen

versenkt. An der Versenkungsstelle wurden später Schiffstrümmer und leere Rettungsboote gefunden.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der Verlust des großen Passagierdampfers ist für die englische Handelsflotte besonders schmerzlich. Nicht nur, daß ein Dampfer dieser Größe eine 15 Millionen Mark kostet, ein Preis, der bei den heutigen Schiffspreisen erschlägt größer ist, sondern es gehen mit einem derartigen Dampfer auch beträchtliche Werte zugrunde, die er in seinem Raume birgt. Vertraut man doch gerade den schnellen Passagierdampfern die kostbaren und eiligsten Güter an, die man bei der großen U-Boot-Gefahr auf solchen Schiffen sicherer wähnt, als auf gewöhnlichen Frachtdampfern. Die Millionenladung an Gold der von dem Hilfskreuzer Möwe aufgebrachten Appam und die überaus wertvolle von S. M. S. Wolf nach der Heimat gebrachte Ladung des Passagierdampfers Hitachi Maru sind sprechende Beweise für diese Tatsache. Aus den Trümmern und Rettungsbooten ließ sich der Name des versenkten 18 000-Tonnen-Dampfers nicht feststellen, weil die Engländer an Schiffen und deren Ausrüstungsgegenständen seit langer Zeit alles beseitigen, was auf Namen und Heimatsort des Fahrzeuges schließen lassen könnte. Diesem Vorgehen Englands schlossen sich auch seine Verbündeten an. Diese Maßnahmen sind nicht geeignet, uns über die Erfolge unserer U-Boote zu täuschen.

Deutsch-englische Kämpfe in Portugiesisch-Ostafrika.

Die englische Presse hat dieser Tage Berichte über die militärische Lage in Portugiesisch-Ostafrika in der ersten Hälfte des April gebracht. Danach sollen mit deutschen Streitkräften, die in der Mitte zwischen dem Südende des Njassa-Sees und der Küste des Indischen Ozeans gestanden haben, erhebliche Kämpfe geführt worden sein. Nach diesen Berichten stände die deutsche Hauptmacht in der Landschaft Mawa, zwischen den Flüssen Messalo im Norden und Lurio im Süden. Die englische Kampfschilderung bezeichnet die Kämpfe als verlustreich — natürlich für die Deutschen. Dagegen steht in dem englischen Berichte nichts über die Besetzung der wichtigen Madimba-Berge, ein Zeichen, daß die Kämpfe für die Engländer keinen Erfolg gehabt haben können, denn eine Besetzung dieser Berge durch die Engländer hätte der Erfolg eines englischen Sieges sein müssen. Die Kämpfe müssen unentschieden beendet worden sein. Einen Erfolg hätten die Engländer nach ihrer Behauptung bei Mede gehabt. Sie wollen den Platz Medaboma nach einem Gefecht am 13. April besetzt haben.

Die hier stehenden Deutschen halten anscheinend die Flankenstellung der in der Landschaft Mawa stehenden Hauptmacht gegen die Küste des Indischen Ozeans. Jedenfalls hat sich die nicht starke Abteilung in die Berge südwestlich von Mede zurückgezogen.

Dagegen erhellt der englische Bericht nichts von einer dritten englischen Kolonne, die Ende März unter dem Dezember von Mozambique aus vorgerückt war und die im Flankenstoß den Lurio nach Südosten aus überschreiten sollte. Wäre die Unternehmung geglückt, so müßte sie längst den Lurio überschritten haben. Da hiervon nichts gemeldet wird, bedeutet dies einen schweren Mißerfolg für diese Truppe.

Daß sich unsere nicht sehr starken Kräfte in dieser Gegend so gut halten, wird von Kennern der Verhältnisse darauf zurückgeführt, daß die Portugiesen bei der eingeborenen Bevölkerung furchtbar verhaßt sind, weil sie große Transporte von Eingeborenen nach den englischen Minen in Südafrika gesandt haben. Deshalb wird das Gros der dortigen Eingeborenen hinter den Deutschen stehen.

Von den „humanen" Engländern.

Die Nachrichten über die Verwendung von Explosivgeschossen durch die englische Infanterie häufen sich. Sie kommen fast von allen Teilen der englischen Front. Ein neuer krasser Fall wurde am 11. April durch ein bayrisches Regiment in der Gegend östlich Arras festgestellt. Dort wurde eine vollgefüllte englische Maschinengewehrtrommel eingedrückt, worin Explosivgeschosse mit gewöhnlichen Infanteriepatronen vermischt eingegurtet waren. Die Art der Explosivgeschosse ist dieselbe, wie sie letzthin auch schon von anderen Frontteilen in größerer Menge eingeschickt wurden. Es sind zum Teil Infanteriegeschosse mit abgeschnittener Spitze, zum Teil Patronen, die an Stelle des gewöhnlichen Geschosses einen zackigen Bleisplitter mit darüber gesetztem Papierpfropfen enthalten. Es unterliegt jetzt keinem Zweifel mehr, daß die völkerrechtswidrige Munition bei der englischen Infanterie allgemein eingeführt ist und ganz systematisch verwendet wird.

Die Einnahme Bailleuls.

(Telegramm unseres Kriegsberichterstatters.)

Westfront, 17. April.

Die taktische Bedeutung der Einnahme der 40 Meter hochgelegenen Stadt Bailleul besteht in der Gewinnung einer neuen festen Basis zur weiteren Aufmeißelung des flandrischen Hügelblocks. Tagelang hat der Engländer in Erkenntnis dieser Bedrohung die Stadt unter großen Verlusten gehalten. Gestern ist sie durch Druck von drei Seiten gefallen, nachdem die Eroberung der östlichen Höhen die Lage des Gegners immer schwieriger gemacht hat. Bailleul war ein wichtiges Stappengentrum hinter der englischen Front, Knotenpunkt von 7 Landstraßen erster Ordnung und war umgeben von Baracken, Zeltlagern, Munitionsdepots und Feldbahnen.

Gleichzeitig erfolgte die Erstürmung wichtiger Höhen südlich Wytschaete. Sie dient demselben taktischen Zweck. Der flandrische Hügelrücken wird von der Armee v. Arnim im Osten und von der Armee v. Quast im Süden berannt.

Dr. Adolf Köster, Kriegsberichterstatter.

*

Wie bedrohlich die gegnerische Heeresleitung die Lage in dem tiefeinschneidenden Ypernbogen ansieht, zeigt die Tatsache, daß die Franzosen gezwungen sind, ihre eigenen wichtigen Reserven durch das Loch zwischen Amiens und dem Meere in die erschütterte englische Kontinentalstellung hineinzuwerfen. Dabei bestätigt der Ort ihres Einsatzes die Wichtigkeit der letzten deutschen Erfolge bei Bailleul. Gegen erbitterten Widerstand der Engländer und französischen Alpenjäger wurde gestern die deutsche Linie bei Meteren weiter auf die nördlich anfeigenden Höhen hinaufgedrückt. Dadurch ist der Besitz Bailleuls von Westen her gesichert.

Das glänzende taktische Ineinandergreifen des rechten Flügels der Armee v. Quast mit dem linken Flügel der Armee v. Arnim zeitigt immer neue sich gegenseitig bedingende Erfolge. Der Hügelkranz um Wytschaete ist gestern völlig genommen worden. Zwischen Wulverghem und dem schwer umkämpften Nieuwekerke sind die Engländer zu beiden Seiten ihrer alten Sehnenstellung bis jenseits des Doubebaches geworfen worden. Beide Erfolge schieben die deutsche Angriffsfront von Süden wie von Osten näher an den wichtigsten englischen Stützpunkt, den Berg Kemmel, heran.

Die schweren Kämpfe der letzten Tage um scheinbar lokale Ziele haben dem Gegner Anlaß zu Jubel über den deutschen Stillstand gegeben. Heute zeigt das Vorrücken der deutschen Divisionen am Ostrande des Ypernbogens, daß der Jubel verfrüht war. Aus dem Einbruch in die englisch-portugiesische Stellung in den ersten Apriltagen ist innerhalb einer Woche eine offene Feldschlacht größten Stils geworden, die die Engländer wie die Franzosen in ihren bedrohlichen Strudel zieht.

Dr. Adolf Köster, Kriegsberichterstatter.

Eine objektive Militärkritik.

Der Militärkritiker Dobbs des Nieuwe Courant, dessen sachlich gehaltenen Ausführungen zur Kriegslage große Bedeutung beigemessen wird, verteidigt sich in der Abendausgabe seines Blattes vom 17. April gegen die Anschuldigung, die militärische Führung und Kraftanspannung der Deutschen zu sehr zu loben. Er schreibt: „Ich habe wiederholt ausdrücklich erklärt, daß ich als rein militärischer Beurteiler nichts Bewunderung für die militärischen Leistungen Deutschlands tege. Daran tue ich wohl recht. Denn wie man selbst aus französischen Zeitungen herauslesen kann, zwingen die deutschen militärischen Leistungen Freund wie Feind buchstäblich Bewunderung ab."

Zu der Havasmeldung, daß man von bevorstehenden Maßnahmen Fochs das beste erwartet, schreibt der Militärkritiker des Nieuwe Courant: „Es wird nun wohl höchste Zeit, daß der endlich mit richtigem Titel beschenkte Generalissimus der Alliierten eingreift. Das wird jeden Tag deutlicher. Kann er es überhaupt noch, nachdem zweifellos bereits so viele Kräfte aus seiner Manövrierarmee herausgezogen sind?"

Kanada zur Kriegslage.

Ottawa, 17. April. (Reuter.) Der Premierminister machte heute in einer Geheimsitzung des Parlaments den Abgeordneten und Senatoren Mitteilung über den Ernst der Kriegslage. Die Haltung des Parlaments und der Presse bekundet die Bereitschaft, jedes Opfer an Menschen und Material zu bringen. Die Verordnung, die alle Unverheirateten zwischen dem 20. und 23. Jahre einberuft und die Registrierung der 19jährigen beschließt, wurde einstimmig angenommen. Die Aushebung wird auch in Quebec ebenso energisch vorgenommen werden, wie in den übrigen Bezirken.

Der finnischen Tragödie letzter Akt.

Stockholm, 18. April. Wie Svenska Dagbladet aus Wasa erfährt, hat mit der deutschen Landung im östlichen Teil der Finnischen Bucht der letzte Akt in der Tragödie der finnischen Roten Garde begonnen, da derselben nunmehr der Rückzug nach Osten abgeschnitten ist. Die Bahn nach Viborg wurde zwischen Säinis und Kämärä völlig zerstört. Zugleich machen die Weißen Gardisten im Norden von Russisch-Karelien Fortschritte. So erfochten sie bei Pänätärpi einen vollständigen Sieg. Die Nachricht von der Einnahme von Helsingfors durch die Deutschen wurde in Wasa mit Fahnenschmuck und Muß gefeiert.

Zur Lage in der Ukraine.

Berlin, 18. April. Kiew, 16. April, wird gemeldet: Der Landwirtschaftsminister erklärte zur Erklärung der Ausfuhr für ungeheure Arbeit geleistet worden. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß alles Land besät werden wird. Eine große Ernte ist dagegen nicht zu erwarten, da die Saaten nicht von den deutschen Bauern keine große Erfahrung für rationelle Bearbeitung haben. Um dem eigenmächtigen Holzschlag ein Ende zu machen, ist ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, der die Ausbeutung der Wälder der staatlichen Forstverwaltung überträgt. Die Forstverwaltung soll hierbei unter staatlicher Kontrolle zugelassen werden. Der Entwicklung der Pferdezucht wird vollste Aufmerksamkeit zugewendet. Das Ministerium ist die Schaffung eines Departements für staatliche Gestüte beabsichtigt.

Die Verpflegungskomitees und Versammlungen werden aufgelöst. Die Verteilung der Produkte übernehmen Land- und Stadtverwaltungen. Das Verpflegungsministerium hat ferner die Leitung des Gerbereimonopols übernommen. Die Preise für Gerbereiwaren sollen einer Durchsicht unterzogen werden. Das Zuckerdepartement arbeitet fieberhaft an der Verteilung von Saatgut, dort, wo es daran noch mangelt. Die Aussaat hat überall begonnen. Landwirtschaftliche Maschinen sind in den großen Fabriken des Gouvernements Jekaterinoslaw bestellt.

In der Kleinen Rada wurde die Einberufung der konstituierenden Versammlung auf den 12. Mai auf der Grundlage der Dezember- und Januarwahlen beschlossen; als Grund wurde von den meisten Rednern betont, die Rada habe alle Autorität verloren und entspricht nicht mehr dem Willen des Volkes. Dagegen stimmten alle ukrainischen Sozialdemokraten.

Die Lebensmittelenteignungskommission des Westrayons erhielt im Laufe einer Woche 2 100 000 Pud freiwillig abgelieferte Getreideüberschüsse. Die Qualität des Brotes wird infolgedessen in den Städten verbessert werden.

Ein Leitartikel, betitelt letzte Neuheiten, bezeichnet den Radabeschluß der Einberufung der Konstituante als ein Kompromiß mit allen seinen Vorteilen und Schwächen. Richtigerweise hätte man wenigstens Neuwahlen ausschreiben müssen. Jedenfalls sei von der Konstituante größeres Maß an Regierungsautorität zu erhoffen, als von der bisherigen Radaregierung.

General Tscherbatschew verteilte die ihm von französischer Mission geschenkten 2 Millionen unter russischen Offizieren, um ihm die Ausreise nach Rußland zu ermöglichen. Der General hat seinen Wohnsitz in der Umgegend von Jassy aufgeschlagen.

Porotba schließt einen Artikel über die Notwendigkeit des Friedensschlusses mit Rußland mit der Forderung, der Ukraine die Gestalt einer föderativen Republik mit weitgehender Autonomie der Randvölker zu geben.

Die neue russische Flagge.

Das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten in Moskau hat folgenden Funkspruch veröffentlicht:

Als National-Kriegsflagge der russischen Republik ist durch das Zentralkomitee der Räte der Arbeiter, Soldaten- und Bauern-Abgeordneten eine rote Flagge mit der Goldaufschrift „Russische sozialistische föderative Rats-Republik" angenommen worden, welche gleichfalls als Erkennungszeichen der russischen Kriegsschiffe gelten wird.

Die Wirkung der britischen Wehrpflichtvorlage.

Bern, 18. April. Daily News sagt in einem Leitartikel: Die steigende Flut vom 11. April: Die gestrige Erörterung im Unterhaus spiegelte nur sehr schwach die stündlich wachsende Empörung des Landes gegen die Wehrpflichtvorlage wider. Die Regierungsvorschläge haben im Lande eine von Panik wenig verschiedene Lage geschaffen, die bedrohen jede Interessensphäre des Krieges und Friedens, nämlich die Herstellung von militärischer Ausrüstung und Munition, die Produktion von Lebensmitteln, die Erwerbskraft des Landes, die Aufrechterhaltung der Industrie, des ganzen Lebens des Staates selbst.

In Lancashire ist die feindselige Stimmung zu einem Fieber sondergleichen gesteigert. Ueberall mehren sich die Beweise, daß der von den Regierungsvorschlägen zu erwartende Gewinn federleicht wiegt gegen das Fehlgewicht der zu erwartenden Verluste. Und wozu alles das? Um den Gang der derzeitigen Kampagne, die nach Lloyd Georges eigner Ansicht wahrscheinlich die letzte ist, nicht um Haaresbreite zu beeinflussen, außer die Zufuhr amerikanischer Truppen, die von Schiffsbau, Rüstung und Industrie abhängt, welche so übel geleitet worden sind, und unvermeidlich durch Auflösung unseres industriellen Lebens nerhängnisvoll beeinflußt werden müssen. Aber alles das ist nichts neben den irischen Vorschlägen. Wenn sie bestehen bleiben, wenn das Parlament nicht die Nation vor den Folgen dieses Spiels mit dem Aufruhr bewahrt, dann droht uns nicht nur in Irland, sondern auch in Amerika und den Kolonien ein Unheil, das man nicht auszudenken wagt.

Rotterdam, 18. April. Der Nieuwe Rotterdamsche Courant meldet aus London: Das Oberhaus hat gestern mit den Verhandlungen über die Mannschaftsvorlage begonnen. Man erwartet, daß es das Gesetz heute annehmen wird, und daß es dann sofort dem Könige zur Sanktion unterbreitet werden wird.

Die Internierten in Holland.

In der Zweiten Kammer brachte der Abg. Beumer eine Interpellation über die Lebensmittelversorgung der Ausländer und Internierten ein. Auf verschiedene Fragen antwortete Minister Lord van der Linden, daß in Holland ungefähr 100 000 belgische Flüchtlinge, 3135 englische, 1607 deutsche Soldaten, 679 entflohene Kriegsgefangene sowie 1548 Russen und Polen seien. Die internierten Kriegsgefangenen und die Flüchtlinge bekämen dieselben Rationen wie die Holländer. Belgien könne nicht um Lebensmittel für die belgischen Flüchtlinge bitten werden. Zu Maßregeln für die Zulassung von Ausländern werde er ebensowenig greifen, wie zur Ausweisung belgischer und deutscher Flüchtlinge. Auf den Minister des Aeußern habe es einen peinlichen Eindruck gemacht, daß man über die Gastfreiheit, die den Kriegsgefangenen gewährt werde, rede. Die betreffenden Regierungen hätten versprochen, für die Lebensmittelversorgung ihrer Militärs zu sorgen. Die deutsche Regierung habe schriftlich mitgeteilt, daß sie ihrem Versprechen binnen kurzem nachkommen werde. Was die Russen und Polen in Holland betreffe, so beständen noch Schwierigkeiten gegen ihre Heimsendung. Die deutsche Regierung habe sich grundsätzlich bereiterklärt, dabei behilflich zu sein.

Neues zum Kaiserbrief.

Der frühere Abgeordnete Sembat macht in der Pariser Laterne folgende Mitteilung: Am 12. April erklärte ein bekannter, über österreichische Dinge wohl unterrichteter Abgeordneter, den Sembat zu nennen bereit ist, in den Wandelgängen der Kammer: Kaiser Karl habe seine Friedensbedingungen gegenüber Frankreich noch nach seinen Briefen im März und April 1917 fortgesetzt. Er, der Abgeordnete, habe darüber dem französischen Ministerium des Auswärtigen im August 1917 eine ins einzelne gehende schriftliche Mitteilung überreicht. Er habe gewußt, daß sich Kaiser Karl bereit erklärte, zwei oder drei Vertrauensleute nach Frankreich zu schicken, um durch sie seine in den beiden Briefen unterbreiteten Vorschläge wiederholen und ergänzen zu lassen. Die Ergänzung habe sich auf Italien und Rumänien bezogen. Kaiser Karl habe die Möglichkeit in Aussicht genommen, Italien das als Preis für seine Neutralität angebotene Gebiet abzutreten und sogar die Abtretung von Triest in Erwägung zu ziehen, mit der Bedingung, daß Oesterreich die ihm für seinen Ausgang zum Adriatischen Meere erforderlichen Rechte gewahrt würden.

Clemenceau wird die Vertrauensfrage stellen?

In der Pariser Presse werden Gerüchte wiedergegeben, die davon sprechen, daß Clemenceau beabsichtige, in der Kammer bei der Besprechung des Kaiserbriefes die Vertrauensfrage für das Kabinett zu stellen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180419-11/fragment/page=0002

Die Uebergangswirtschaft.

Der Ausschuß für Handel und Gewerbe setzte am 17. April seine Beratungen über den wichtigsten der zur Übergangswirtschaft, fort. Zuerst gibt der Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt Dr. Göppert Auskunft über den Stand der Dinge und teilt mit, daß das vorgesehene Ermächtigungsgesetz über die Übergangswirtschaft in Arbeit, aber noch nicht fertiggestellt sei. Das Reichswirtschaftsamt habe übrigens kein festes Programm, man stehe in den meisten Fällen vor unbekannten Größen. Aber es sei klar, daß nach Beendigung des Krieges nicht alle Fesseln der gegenwärtigen Zwangswirtschaft fallen könnten; es müßten vielmehr alle notwendigen Maßnahmen in Einfuhr und Produktion getroffen werden, damit vor allen Dingen der allernotwendigste Bedarf der Bevölkerung gedeckt werde. Deshalb habe man aber nicht die Absicht, unsere Gesamtwirtschaft auf eine vollständig neue Basis zu stellen und bei einer ganzen Anzahl in der Heimat reichlich vorhandenen Rohstoffe könne man von vornherein ohne Kontrolle auskommen. Die bestehenden Organisationen sollen nach Möglichkeit natürlich unter entsprechender Umgestaltung in die Friedenswirtschaft übernommen werden. Hohe Preise auf die Selbstverwaltung der Beteiligten weitgehende Rücksicht genommen werden, eine behördliche Ueberwachung aber, die im Notfalle diktatorische Gewalt haben müsse, sei unerläßlich.

Abg. Rießer (Natl.) schwärmt nicht für die gebundene Wirtschaft und möchte am liebsten, daß die Regierung sich lediglich auf eine Beaufsichtigung von Handel und Industrie beschränke, den vorliegenden weitgehenden Verordnungen auf Grund des Ermächtigungsgesetzes könne er nicht zustimmen, dazu sei eine neue Ermächtigung des Reichstages nötig.

Abg. Cohen-Reuß (Soz.) erkennt ebenfalls an, daß für die Regelung der Friedenswirtschaft ein neues Ermächtigungsgesetz vom Reichstag erteilt werden müsse. Er stimme im großen und ganzen den Ausführungen des Unterstaatssekretärs zu, es sei nicht möglich, wie Rießer es wünsche, alles der Initiative des einzelnen zu überlassen, die sich in der Hauptsache von Erwerbsinteressen leiten ließe, während es darauf ankäme, den Bedarf der Massen zu decken und die Gesamtwirtschaft wieder in Gang zu bringen. Es dürfe aber auch für die im Lande vorhandenen Rohstoffe und Waren keine volle Verfügungsfreiheit herrschen, da sonst die größten Preistreibereien unausbleiblich seien. Es sei freilich die eigentliche Aufgabe von Handel und Industrie, das Land auf die beste und billigste Weise mit allem Notwendigen zu versorgen. Die Sozialdemokraten beteiligten sich ihre Stellungnahme in Einzelheiten vor, seien aber mit den Prinzipien der geplanten Organisation einverstanden.

Abg. Keinath (Natl.) schließt sich den Ausführungen Rießers an und polemisiert gegen Cohen. Abg. Müller-Fulda (Z.) sieht in den Verordnungen bereits eine vollkommene Regelung der Uebergangswirtschaft. Abg. Schiele (Kons.) wünscht, daß man sich in den Verordnungen auf das allernotwendigste beschränke.

Abg. Stubbmann (Natl.) ist sehr skeptisch, ob die vorgesehenen Organisationen zweckmäßig seien und ihren Zweck erfüllen würden. Man solle den freien Organisationen der Interessenten größeren Spielraum lassen; die dem Staate übertragene Gewalt erscheine ihm gefährlich.

Geheimrat Weber (Reichswirtschaftsamt) legt eingehend die absolute Notwendigkeit der geplanten Beschränkungen dar und verweist besonders auf die sonst eintretenden Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Textilindustrie. Ohne planmäßige Verteilung der Rohstoffe, die nicht von den Interessenten vorgenommen werden kann, müsse es zum größten Durcheinander kommen. Eine Hereinbringung der zuerst notwendigen Dinge könne nur durch die behördlich vorgesehenen Maßnahmen erreicht werden, nur die Zentralbehörde könne die Rücksichten auf die Gesamtheit richtig würdigen und durchsetzen. Es sei gefährlich, die Schaffung der Organisationen hinauszuschieben, da sonst wichtige Vorbereitungen nicht rechtzeitig zu treffen seien. Eine Absicht, alle Zentralen nach Berlin zu verlegen, bestehe nicht, die meisten müßten aber ihren Sitz aus praktischen Gründen in der Reichshauptstadt haben.

Abg. Carstens (Fortschr.) fragt, ob mit der Zwangswirtschaft auch finanzpolitische Ziele verfolgt werden.

Unterstaatssekretär Dr. Göppert: Je länger der Krieg dauert, desto länger wird die gebundene Wirtschaft dauern müssen, und es sei nicht angebracht, sich darüber Illusionen hinzugeben. Finanzpolitische Zwecke verfolge die Regierung keinesweges.

Abg. Beil (Zentr.) ist mit der Kriegswirtschaft sehr zufrieden und fürchtet, daß die Uebergangswirtschaft nichts anderes als die glatte Ueberleitung der jetzigen Kriegswirtschaft auf die Friedenszeit sei, vor Erteilung einer Blankovollmacht müsse er daher warnen.

Unterstaatssekretär von Stein wendet sich gegen rosigen Auffassungen für die Uebergangszeit, wenn er auch überzeugt sei, daß das deutsche Volk die ihm bevorstehenden Schwierigkeiten überwinden werde. Man müsse die Dinge aber frühzeitig anpacken und dürfe die vorbereitenden organisatorischen Maßnahmen nicht hinausschieben; der Rahmen müsse so schnell wie möglich geschaffen werden, Einzelheiten könnten fortlaufend eingefügt und verbessert werden. Auch die beteiligten Kreise wünschten eine baldige Regelung der Dinge. Das neue Ermächtigungsgesetz könne nicht in wenigen Tagen vorgelegt werden, da auch der Bundesrat es vorher gründlich beraten müsse; er lege daher den größten Wert darauf, daß auch bis dahin weitergearbeitet und beraten werden müsse.

Nachklänge zur Bolo-Affäre.

Bolo, der inzwischen hingerichtet wurde, machte seit einer Woche dem militärischen Untersuchungsrichter ununterbrochen Enthüllungen, über deren Inhalt die Zeitungen nichts Gewisses mitteilen dürfen. Einige, dem Ministerpräsidenten nahestehende Blätter durften nur andeuten, daß Bolo besonders Caillaux zu belasten schien. Das sozialistische Journal du peuple antwortete darauf mit einer Anspielung, die genügt, um den ganzen Vorgang aufzuklären. Das Blatt weist darauf hin, daß der Rechtsbeistand des Bischofs Bolo, des Bruders des Verurteilten, der Rechtsanwalt Chenu ist, der dem Figaro gesellschaftlich und persönlich nahesteht. Es ist also ziemlich klar, daß sich Bolo, um der Hinrichtung zu entgehen, im letzten Augenblick entschlossen hat, als Kronzeuge im Verfahren gegen Caillaux aufzutreten, der vom Figaro, wie man weiß, besonders angefeindet wird.

Deutscher Reichstag.

190. Sitzung. Donnerstag, den 18. April, nachmittags 3 Uhr.

Am Bundesratstisch: Rüdlin.

Die zweite Beratung des Postetats wird fortgesetzt.

Abg. Meyer (Herford) (Natl.) beschwert sich über die mangelhafte Bedienung des Publikums seitens der Telephonbeamtinnen. Anerkennung verdient die Postverwaltung dafür, daß sie sich jeder Einmischung kriegswirtschaftlicher Instanzen in ihren Betrieb verbeten hat und jede ihr übergebene Sendung an den Adressaten zu befördern für ihre Pflicht hält. Für verloren gegangene Pakete sollte ein höherer Ersatz geleistet werden. — Die Teuerungszulagen für die Beamten sind nicht ausreichend. Hoffentlich stimmt die Regierung der vom Haushaltsausschuß beschlossenen Ergänzung des Besoldungsgesetzes zu. — Den Oberpostdirektoren sollte in Analogie mit den Eisenbahnpräsidenten der Titel „Präsident" gegeben werden. Der Redner schlägt noch eine Reihe weiterer Titeländerungen für Postbeamte vor und bittet, damit nicht zu lange zu warten, damit eine Reihe eifer verdienter Beamten die Titeländerung noch erlebe.

Abg. Flemming (Kons.) verlangt energische Maßnahmen gegen die Postbediensteten und schließt sich den Wünschen auf Besserstellung vieler Beamtenkategorien an. Bei den Unterstützungen sollten vor allem die kinderreichen Familien berücksichtigt werden. Bei einem Antrag auf Wiedereinführung der Ostmarkenzulage haben wir abgesehen, da die Kommissionsverhandlungen leider ergeben haben, daß der Antrag keine Aussicht auf Annahme hätte.

Staatssekretär Rüdlin: Die Wiederzulassung von Einschreibpaketen wird erwogen. Die Fernsprechleitungen nach Wien sind außerordentlich besetzt; augenblicklich ist es noch unmöglich, die von den Abgeordneten Zaudebel vorgebrachten Wünsche der Presse zu erfüllen.

Davon, daß Leute über 40 Jahre bei der Post nicht mehr eingestellt werden sollen, ist keine Rede. Die Löhne der Telegraphenarbeiter seit im Kriege erheblich erhöht worden bis auf über 6 Mark ohne Teuerungszulagen. Die 40-Pf.-Zulage, die jetzt die Eisenbahnarbeiter bekommen, ist auch sofort den Arbeitern der Post- und Telegraphenverwaltung zugestanden worden. Die für die Postbeamten vorgebrachten Wünsche werden sämtlich wohlwollend geprüft werden.

Abg. Bruhn (Deutsche Fraktion) spricht sich für Besserstellung der Beamten aus.

Abg. Jubeil (U. Soz.): Das Günstlingswesen bei bei der Post in ganz erschreckenden Maße zugenommen. Hier ist eine Eindämmung dringend geboten. Notwendig ist ferner unbedingt eine Einschränkung des Nachtschichtpersonals. Anerkennenswert ist, daß der neue Staatssekretär mit den Organisationen der Beamten in Verbindung treten will. Aber auch die Einrichtung von Beamtenausschüssen ist ein dringendes Erfordernis. Die Beamten verlangen nicht neue Titel — davon werden sie mit ihren Familien nicht satt. Sie brauchen angemessene Bezahlung und anständige Behandlung. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Auch unter dem neuen Herrn ist bei der Postverwaltung das Bestreben festzustellen, gerade nach unten hin mit der Entlohnung zu drücken. Während die Privatindustrie den Arbeitern überall Wochenlohn zahlt, zahlt die Postverwaltung den Arbeitern Tagelöhne, die ihnen für die Feiertage abgezogen werden. Mit einem derartigen Zustand sollte doch endlich gebrochen werden. Für die Telegraphenarbeiter sollte man doch endlich auch eine Pensionskasse schaffen, damit die Leute, die nach 12 Jahren nicht zur Anstellung kommen, weil sie sich irgend ein Leiden im Dienst zugezogen haben, nicht ganz mittellos auf die Straße geworfen werden. Der neue Staatssekretär findet also reichlich Gelegenheit zu großzügigen Reformen. Wir wollen abwarten, ob er damit vorgehen oder ob er es bei dem alten Schlendrian belassen wird. (Beifall bei den U. Soz.)

Abg. Haegy (Els.) führt Klage über die mangelhaften Postverhältnisse im Elsaß.

Staatssekretär Rüdlin erwidert dem Abgeordneten Haegy, daß er auf die militärischen Postüberwachungsstellen keinen Einfluß habe; seine Klagen mag er also beim Militärkrelat vorbringen.

Abg. Dr. Quarck (Soz.) klagt über die ganz unein heitliche Regelung der Teuerungszulagen für das große heer der Postverwaltung beschäftigte Arbeiterheer. Auch eine einheitliche Arbeitsordnung für diese Arbeiterinnen sei notwendig. Ganz besonders der Hilfe bedürftig sind die ganz erbärmlich bezahlten Gehilfinnen bei den Postämtern dritter Klasse. Ganz unsozial ist es, daß die Postverwaltung Kriegerwitwen nur einstellt, wenn sie kinderlos und noch nicht 30 Jahre alt sind. Die Kugel, die ihren Mann traf, hat nicht nach dem Alter der Frau und der Zahl ihrer Kinder gefragt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Abg. Dr. Engelmann (Natl.), Stücklen (Freis. Vp.), Behrens (Disch. Fraktion), Heckmann (Natl.) bringen Beschwerden einzelner Beamtengruppen vor.

Staatssekretär Rüdlin sucht die Beschwerden zu entkräften und sagt Prüfung einiger Beschwerden zu. Dem Abgeordneten Quarck gegenüber bemerkt er, daß die Frauenarbeit auch von ihm geschätzt werde, zu Beamtinnen könnten sie aber nicht gemacht werden.

Das Gehalt des Staatssekretärs und die Ergänzung zum Besoldungsgesetz wird angenommen, ebenso die Resolution, die die Erhöhung von Beamtenausschüssen fordert.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend, 3 Uhr. (Außerdem Reichsdruckerei und Reichseisenbahn.)

Schluß: 9 Uhr.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Der Bundesrat

hat in seiner gestrigen Sitzung die Entwürfe eines Arbeitskammergesetzes und eines Gesetzes betr. Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung angenommen.

Im Preußischen Abgeordnetenhause

wurde der Etat in zweiter Lesung weiterberaten. Von den noch ausstehenden Etats wurde der Landwirtschaftsetat in Angriff genommen. Dann setzt der Etat des Ministers des Innern weiterberaten werden. Später wird es anläßlich des Antrages Fuhrmann über die Beteiligung des politischen Rechte der Beamten zu hochpolitischen Debatten kommen. Im weiteren wird wahrscheinlich auch der Jannerstreik das Haus beschäftigen. Diese Auseinandersetzungen werden das Vorspiel bilden zur zweiten Lesung der Wahlrechtsanträge, für deren Beginn der 30. April in Aussicht genommen ist. Da die Absicht besteht, diese in zweiter und dritter Lesung vor Pfingsten zu erledigen, so ist nicht ausgeschlossen, daß der Etat sogar im Abgeordnetenhause vor Pfingsten nicht mehr erledigt wird, da außer den Etats der Landwirtschaft und des Innern und einer Anzahl kleinerer Etats noch der ganze Kultusetat aussteht. Selbst bei flotter Erledigung könnten diese Etats erst nach Pfingsten an das Herrenhaus gehen. Die Folge davon wäre, daß die Regierung, wenn sie im Falle der Ablehnung des gleichen Wahlrechts den Landtag auflösen wollte, dies nicht sofort tun könnte, sondern erst nach der Verabschiedung dieser Etats.

Die Beratung des Postetats

wurde gestern im Reichstag zu Ende geführt. Das Interesse war womöglich noch geringer als am ersten Tage, und die Redner sprachen vor leeren Bänken. Unter ihnen war auch der Staatssekretär Rüdlin, der bei Besprechung der vielen vorgetragenen Beamtenwünsche wohlwollende Prüfung zusagte, und auf die Aufbesserungen hinwies, die den Arbeitern bewilligt worden seien. Genosse Dr. Quarck wies nach, daß trotzdem schlimme Not besteht. Die Redner aus dem Hause erwähnten mehrfach die Tatsache, daß soviele Pakete verloren gehen und wünschten Erhöhung der Entschädigung, sowie eine Wiedereinführung der Einschreibepakete. Für die Unabhängigen Sozialdemokraten sprach Abg. Jubeil, der nach wie vor sich die inneren Zustände auf manchen Groß-Berliner Postämtern zum Spezialgebiet erkoren hat. Am Sonnabend werden die Etats der Reichsdruckerei und der Reichseisenbahnverwaltung beraten werden, der Freitag bleibt für die Fraktionen zur Besprechung der neuen Steuern frei.

Die achte Kriegsanleihe.

In Banktreisen wird, wie die Frankfurter Zeitung schreibt, angenommen, daß das Gesamtergebnis der neuen Kriegsanleihe mindestens 12 Milliarden erreichen wird. Die Beteiligung der Industrie, namentlich der Rüstungsindustrie, war wieder sehr lebhaft. Dagegen haben die Zeichnungen des Privatpublikums etwas nachgelassen. Diese Kreise haben sich an früheren Kriegsanleihen in so umfangreichem Maße beteiligt, daß sie bei ihrer immerhin beschränkten Vermögenskraft nicht mehr so stark zeichnen konnten. Die Landwirtschaft hat, nach den bisherigen Beobachtungen, mehr gezeichnet; sie wird die Summen der durch kleinere und mittlere Zeichnungen aufgebrachten Beträge stark nach oben drücken. Jedenfalls kann schon jetzt gesagt werden, auch die achte Kriegsanleihe hat einen glänzenden Erfolg gebracht; sie reiht sich würdig den früheren Anleihen an.

Kühlmann auf der Rückreise.

Der Staatssekretär von Kühlmann ist auf der Rückreise vom Großen Hauptquartier nach Berlin. Er wird, wie die Tägliche Rundschau hört, heute Sonnabend die Parteiführer zu einer Aussprache über die äußere Politik empfangen.

Die Bayern gegen die Abwälzung der Reichsschuld auf die Bundesstaaten.

Bei Beratung des Haushalts der Staatsschuld in der Abgeordnetenkammer sprachen sich die Redner des Zentrums und der Liberalen gegen die Abwälzung der Reichsschulden auf die Bundesstaaten aus und begrüßten die seiner Zeit gemachte Aeußerung des bayrischen Finanzministers auf Forderung einer Kriegsentschädigung von unseren Gegnern. Von seiten der Sozialdemokraten und der Regierung wurde nicht in die Erörterung eingegriffen.

Die anhaltische Regierung und die Vaterlandspartei.

Im anhaltischen Landtage gab es bei den Etatskapitel Staatsministerium eine Debatte über die Vaterlandspartei. Eine Bemerkung des fortschrittlichen Abg. Fiedler, daß die Vaterlandspartei eine Partei von schwankenden Gestalten sei, rief heftige Entrüstung hervor, was weiter nicht Wunder nehmen kann, da die große Mehrheit der Abgeordneten der Vaterlandspartei angehört. Sogar durch den fortschrittlichen Abg. Dr. Cohn fanden die Vaterlandsleute Unterstützung, wurden diese sehr erfreut waren. Weitere Bedeutung hat die Angelegenheit aber nur, weil der Staatsminister Dr. von Laue — der Mann wurde aus Anlaß seines 25jährigen Ministerjubiläums, das er dieser Tage begehen konnte, geadelt — erklärte, daß er den anhaltischen Beamten nichts in den Weg legen werde, wenn sie für die Vaterlandspartei Propaganda machten. Hoffentlich wird der Minister ebenso tolerant gegen die anhaltischen Beamten sein, die in Zukunft die Ziele der Vaterlandspartei bekämpfen und im Sinne einer den anhaltischen Großgrundbesitzern und Konservativen nicht sympathischen politischen Partei wirken. Was dem einen Beamten recht ist, muß dem anderen Beamten billig sein.

Steuerhinterziehungen und Bestechungen.

Bekanntlich genügen unseren Kriegsgewinnern die schier unbegrenzten Verdienstmöglichkeiten, die die heutige Kriegswirtschaft in so überreichlichem Maße bietet, zur Befriedigung ihres Geldhungers nicht. Sie suchen die gewaltigen Gewinne, die ihnen die Kriegskonjunktur ohnehin in den Schoß wirft, auf Schleichwegen und durch Gesetzesübertretungen noch zu erhöhen. Nach Daimler, der für dieses Treiben ein auffehenerregendes Beispiel lieferte, wurde auch von den Mannesmannwerken bekannt, daß sie sich Steuerhinterziehungen und die Bestechung von Militärpersonen hatten zuschulden kommen lassen. Genosse Noske hat darüber im Reichstage Mitteilungen gemacht und Beschwerde geführt, daß die Zensur der Presse verboten habe, über diese Machenschaften Nachrichten zu bringen. Dieses Verbot ist inzwischen aufgehoben worden. Gegen die Mannesmann-Waffen- und Munitionswerke ist inzwischen wegen dieser Machenschaften Anklage erhoben worden. Ebenso ist in dieser Sache ein früherer Heeresangehöriger in Haft genommen worden. Auch gegen andere rheinische Firmen wird wegen der gleichen oder ähnlichen Schiebungen vorgegangen werden.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Eier. Sonnabend, vormittags von 8—1 Uhr Nr. 56 001—63 000 bei der Lebensmittelstelle in der Talamtstraße. Jede Person ein Stück für 33 Pfennig.

Sauerkohl. Von Sonnabend an auf Marke 161 des Warenbezugsscheins 15 jede Person 125 g Weißkohlsauerkraut und 250 g Rübensauerkraut zum Preise von 25 Pf. des Pfund.

Quark. Sonnabend auf Abschnitt 4 des besonderen Bezugsscheins für Kinder und der Lebensmittelscheine Nr. 42 001—49 000 in den Milchhandlungen von Hinsche, Große Gosenstraße 21, Reinhardt, Große Brunnenstraße 38 und Jäckh, Große Brunnenstraße 16. Jede Person 1/8 Pfund zum Preise von 37 Pfennig.

Frieden im Kriege in jedes Heim bringt ein tiefbetrübtes nur konstruiertes Soldatenlos mit seiner naturgetreuen Wiedergabe von Musik und Gesang, sowie Vorträgen jeder Art, ohne störende Nebengeräusche. Größte Auswahl bei bequemen Preisen. Unsere Sprechmaschinen-Spezialgeschäfte Gustav Uhlig, Uhren und Musikwerke, Halle a. S., Leipziger Str. 1125

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180419-11/fragment/page=0003

Bekanntmachung.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, Freitag, den 19., Sonnabend, den 20. und Montag, den 22. April 1918, bei den von ihnen gewählten Großfirmen die in nächster Woche zum Verkauf gelangende Marmeladeabzuholen.

Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, den 18. April 1918. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Freibank-Verkauf.

Zum Freibank-Verkauf am 20. April 1918 werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen:

Um 7 Uhr Nr. 8701—8800, | um 9 Uhr Nr. 8901—9020,
„ 8 „ „ 8801—8900, | „ 10 „ „ 9021—9150.

Halle, den 18. April 1918. **Der Magistrat.**

Strohhüte
in neuen schicken Formen.
Matelots: 2⁹⁵ 3⁷⁵ 7⁵⁰ 9⁶⁵
Basthüte: 1⁹⁵ 2⁶⁵ 4— 6⁵⁰
Panamas: 9⁷⁵ 12⁵⁰ 16⁷⁵ 21—

Kinder-Strohhüte
entzückende Formen
in unerreicht großer Auswahl.

Herren-Krawatten
Seitenbinder ∴ Regattes ∴ Diplomaten
Oberhemden **Sporthemden**
Weiche Kragen
Helle Westen **Westengürtel**

Sonderabteilung für Herrenartikel.

S. Weiss,
am Markt.

Knaben-Waschanzüge
einzelne Hosen und Blusen in allen Größen, sehr preiswert. [1123

Knaben-Strohhüte
verschied. Formen in billiger u. großer Auswahl.

Knaben-, Schüler- und Soldaten-Mützen
in verschied. Farben . . . 3.75, 4.75, 65 Pf.

Kaufhaus
H. Elkan, Leipziger Str. 87.

Hosenträger
Gegr. 1851. **F. C. Siebert** Fernruf 2362. 1001
Untere Leipziger Str. 9 gegenüber der Kirche.

Die Internationalität und der Krieg
von Karl Kautsky — Preis 20 Pf.
Elsaß-Lothringen und die Sozialdemokratie
von Hermann Wendel — Preis 40 Pf.
Zu haben in der
Buchhandlung Volksstimme, Halle
Gr. Ulrichstraße 27.

Alt-Papier
sowie Geschäftsbücher zum Einstampfen kauft stets
A. Samuel,
Alter Markt 7. — Tel.-Nr. 5592. 958]

Die Fürsorgevermittlungsstelle Halle der Kriegsamtstelle Magdeburg
sucht und vermittelt kostenlos
gute Schlafstellen.
Poliklinik 16, Zimmer Nr. 50, II. Tr. r. [500

Bekanntmachung.

Betrifft Tagelohnsätze für Bauarbeiter.

Infolge der uns weiter auferlegten Zahlungen von Teuerungszulagen an unsere Arbeitnehmer und die dadurch steigenden Unkosten in unseren Geschäften sehen wir uns veranlaßt, vom 1. April 1918 an folgende Tagelöhne zu berechnen:

1 Maurer- oder Zimmerpolierstunde	M. 1.69
1 Maurer- oder Zimmerpostengesellenstunde .	„ 1.54
1 Maurer- oder Zimmergesellenstunde oder Zementfacharbeiterstunde . . .	„ 1.44
1 Steine- oder Kalkträgerstunde	„ 1.44
1 Zementarbeiterstunde	„ 1.41
1 Bauhilfsarbeiterstunde	„ 1.34
1 Maurer- oder Zimmerlehrlingsstunde . . .	„ —.70

Im Stadtbezirk Halle beträgt die Sommerarbeitszeit pro Tag 9½ Stunde.

Die Bau-Innung zu Halle a. S.
G. F. Eisenschmidt, Obermeister.
Arbeitgeber-Verband f. d. Baugewerbe zu Halle a. S. und Umgegend, E. V.
Hermann Pfeiffer, Vorsitzender.

Drucksachen

Unsere Buchdruckerei, ausgestattet mit allen modernen, der Neuzeit entsprechenden Schriften Einfassungs- und Vignettenmaterial, empfiehlt sich den Gewerkschafts- und Partei-Genossen, sowie einer geehrten Geschäftswelt zur Anfertigung von sämtlichen Vereins- und Geschäftsdrucksachen, wie Eintritts- und Mitgliedskarten, Jahresberichten, Zirkulare, Programme,

Statuten, Rechnungen, Prospekten u. Plakaten. Ferner empfehlen wir uns zur Herstellung von Familiendrucksachen in nur bester und moderner Ausführung bei angemessener Preisstellung. Unser Bestreben wird sein, nur einwandfreie und gut ausgestattete Arbeiten zu liefern. Den geschätzten Aufträgen werden wir in jeder Beziehung rechte Sorgfalt angedeihen lassen.

Freie Presse
G. m. b. H. Leipzig • Buchdruckerei und Verlag

Achtung! Hausfrauen!

Geld liegt in allen Winkeln. Zahle für

100 Kilo	Strumpfwolle	100	M.
100 „	Orig. Lumpen	15—30	„
100 „	Neutuch	100	„
100 „	Knochen	10	„

[955

Zahle für Akten, Bücher, Zeitungen und Altpapier höchste Preise.

Alle Sorten **Felle** und **Roßhaare** höchste Tagespreise.

Hole auf Wunsch auch selber ab.

Paul Günther, Rohprodukte, Taubenstr. 3 Hof, hinten links.
Tel. 6176. Alles wird streng reell gewogen. Tel. 6176.

„Schmelzers Höhe"
Eichendorffstr. 19
Ausschank des beliebten Hafterbräu, München, und Pilsener der Brauerei Fr. Günther.
Familienverkehr — Treffpunkt für Kater.
Werte Freunde und Gäste ladet freundlichst ein
Familie Fr. Gummer.

Kaffeegarten Trotha.
Unterhaltungsmusik, Kaffee, Kuchen und Torte. [997
Freiberger Bier. Gutenberger Fruchtwein.
Ergebenst ladet ein Otto Hutana.

Gustav Uhlig
Untere Leipziger Straße
Billige, gute Bezugsquelle
in vorteilhaften
Rauchtabakmischungen
für unsere Krieger im Felde und Verwundeten in der Heimat. Dauerhafte, rein abgestimmte
Rauchtabakmischungen
Mundmischungen, Cigarren
Wiener Zahlungsmischung.
Sonntags geöffnet von ½12 bis ½2 Uhr. [949

Lumpen, Knochen, Eisen, Metalle, Papier kauft
Alb. Bode jun., Große Klausstr. 22.

Neu eingetroffen
Gummi-sohlen,
billigst für Herren und Damen [943
Herren-Absätze,
in allen Größen
Damen-Absätze,
in allen Größen von 40 Pf. an.
Gummiwaren-Haus
Gr. Ulrichstr. 35.

Arbeiter,
abonniert die Volksstimme!

Umpreßhüte
werden angenommen. Preis 3.50 M.
Lieferzeit 3—4 Wochen.
Umarbeitungen nach neuester Form.
Große Auswahl in Blumen.
912] **Fritz Mösenthin**
Burgstraße 1, gegenüber der Burg.

Dr. Ed. David m.:

Wer trägt die Schuld am Kriege?

Diese Frage hat Genosse Eduard David in einer vor dem holländisch-skandinavischen Friedenskomitee in Stockholm am 6. Juli 1917 gehaltenen Rede beantwortet. Diese Rede ist unter vorstehendem Titel soeben in unserem Verlag im Druck erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die imperialistischen Grundursachen. — Die Entente als Weltverteilungssyndikat. — Die Politik der Zentralmächte. — Die Umwälzung Deutschlands. — Die Größe der Gefahr für Deutschland. — Der Ausbruch der Krisis usw.

Die Broschüre ist auch durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Preis beträgt 1.— Mk.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volksstimme, Gr. Ulrichstr. 27

Möbel
ganze Schlafzimmer, einzelne Möbel, besonders Sofas, Kleiderschränke, Vertikos, Bettstellen mit Matratzen.
Jetzt sehr große Auswahl.
Auf Wunsch Ratenzahlungen.
N. Fuchs
Möbel-Ausstattungs-Geschäft [945
Halle, Gr. Ulrichstr. 58, I., II., III. Et.

Schuhe
werden mit Lederflicken und Lederriemen besohlt und repariert. [1100
Hoffmann, Schützenstr. 20.

Kauft das gute

Dampf-Kaffeefabrik Halle a/S.
Filialen:
Hallmarkt,
Sophienstr. 1.
Ammendorf:

Stadt-Theater
Sonnabend, 20. April 1918, nachmittags 3½ Uhr:
Das Dreimäderlhaus
Musik von Franz Schubert.
Anfang 7.30 Uhr Ende 10.30 Uhr
Das Käthchen von Heilbronn
Schauspiel von Kleist.
Sonntag, nachm.: Förster-christl, abends: Tunnhäuser.

Gasthof zu Runthal.
(Inh. Schmidt.)
Sonntag, den 21. April, von abends 8 Uhr an:
Wohltätigkeitskonzert,
ausgeführt v. Gesangverein
Arbeiter-Sängerchor, Hohenmölsen.
Zu zahlreichem Besuch laden höflichst ein [1118
Der Wirt. Der Vorstand.

Die Glocke
Sozialistisch. Wochenschau
Heft 30 Pf.,
im Abonnement vierteljährlich 3.50 M.,
empfiehlt die
Buchhdlg. Volksstimme,
Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180419-11/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 91. Halle, Freitag den 19. April 1918. 2. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 19. April 1918.

Obst- und Gemüseversorgung.

Im Gebiete des Deutschen Reiches darf vom 1. Juli an Kontrollgemüse (Weißkohl, Rotkohl, Wirsingkohl, Mairüben, Möhren und Karotten) sowie Kontrollobst (Aepfel und Kirschen) für sich oder zusammen mit anderen Erzeugnissen auf der Eisenbahn oder auf Fähren nur nach Genehmigung des für den Versandort zuständigen Kommunalverbandes versandt werden.

Die Landesstellen für Gemüse und Obst können mit Genehmigung der Reichsstelle für ihre Bezirke oder Teile davon diese Vorschriften durch besondere Verordnung auf andere Obstarten, insbesondere Heidelbeeren, ausdehnen, können auch bestimmen, daß diese allgemeine Verordnung bereits früher als am 1. Juli zur Anwendung kommt, und können endlich die Genehmigungsbefugnis allgemein sich selbst vorbehalten. Das Preußische Landesamt für Gemüse und Obst darf seine Befugnisse auf die Provinzial- und Bezirksstellen übertragen.

Die Erteilung der Genehmigung erfolgt kosten- und gebührenfrei. Die Genehmigung darf nur dann verweigert werden, wenn hinreichende Verdachtsgründe dafür vorhanden sind, daß beim Absatz die festgesetzten Höchstpreise überschritten wurden; wenn der Nachweis erbracht wird, daß es sich um Herbstgemüse und Herbstobst handelt, durch dessen frühzeitige Abentung der Volksernährung Schad zugefügt werden kann; wenn Grund zu der Annahme besteht, daß durch den Absatz die Erfüllung ordnungsmäßig genehmigter Lieferungsverträge gefährdet würde.

Wer diesen vorstehenden Vorschriften zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe kann auf Einziehung derjenigen Vorräte erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Vom Heiratsmarkt.

Vor einiger Zeit haben wir den Heiratsmarkt eines großstädtischen Blattes glossiert, als Illustration des Satzes, daß die Ehen angeblich im Himmel geschlossen werden. Fast genau so wie in den Großstädten wird es aber auch in den Provinzstädten getrieben, wie ein Blick auf die örtlichen bürgerlichen Blätter sofort zeigt. Und deshalb sei auch darauf einmal eingegangen.

Ein hiesiges bürgerliches Blatt brachte vor etlichen Tagen nicht weniger als 26 Heiratsgesuche hintereinander. Und von welcher Sorte sie waren! Da gab es das einfache geschäftsnüchterne Gesuch: „Ein junges Mädchen, im Alter von 25 Jahren sucht auf diesem Wege Herrenbekanntschaft zwecks späterer Heir." Da gab es aber auch Massengesuche gewerbsmäßiger Seelenverkäufer wie etwa dieses: „Beamtenwitt., 20 J., kath., 30 000 M. Mitgift; 24 J., evang., 25 000 M. Mitgift; Landwirtst., 21 J. kath. (Waise), 18 000 M. Mitgift; Lehrerst., 34 J., ev. (Halbwaise), 38 000 M. Mitgift; kinderl. Witwen, 29 J., kath., 28 J., ev., und 46 J., m. 26, 48 und 50 000 M. bar winkt. Heirat m. Herrn in sich. Pos." Oder auch dieses: „Großkaufmanns- u. Gutsbesitz.-Tochter, Anfang und Ende 20er J., mit je 150 000 M. Vorvermög., wünschen Heirat. Erstere m. Landwirt, zweite mit Herrn in guter Position." Gewichtiges gab sich schon eine „Vermögende, geblld., junge Dame", die zwecks Heirat stattlichen Herrn aus Beamtenkreise kenn. lern. wollte und Zuschriften mit Bild erbat. Hierher gehört auch das Gesuch: „Hübsche, junge Dame, w. m. bess. Herrn (Akadem. bevorz.) in Briefw. zu kennen. zwecks spät. Heirat," natürlich ebenfalls möglichst unter Einsendung des Interessenten. Direkt seriös aber gibt sich eine „Dame mit guter Allgemeinbildung, mit vornehmen, einträglich. Beruf, 30 J. alt, von makellosem Ruf und aus gediegener Familie," die „gebildeten Lebensgefährten in gesicherter Stellung kennen zu lernen" sucht.

Leichter nehmen es wieder „3 junge Damen im Alter von 20 bis 25 Jahr.," die „Bekanntschaft mit 3 lebensfrohen Herrn zwecks späterer Heirat" wünschen. Sie haben gleich ein Pendant auf der andern Seite, denn unter den männlichen Gesuchen lautet eines folgendermaßen: „3 junge Freunde, w. auf d. W. d. Bek. einig. jg. lust. Dam. zw. fröhl. Verk. u. spät. Heir." Sie werden sich vielleicht ebenso treffen wie jene „Hübsche, junge Dame". die „die Bekanntschaft eines bess. Herrn zw. Spazierg., Theaterbes. u. spät. Heir." zu machen wünscht, und jener andre, der da schreibt: „Junger Mann sucht nette Freundin zw. Spaziergängen, Theaterbesuch. u. spät. Heirat." Natürlich wollen auch sie sich vorher erst einmal im Bild kennen lernen. Noch vorsichtiger aber sind zwei Mädchen, die bekanntgeben: „2 junge Freundinnen, 25 J., wünsch. mit zwei besseren Herren in schriftlichen Verkehr zu treten zwecks spät. Heirat." Hierher gehört auch eine „bessere Frau, 45 J. alt," die die „Bekanntschaft eines älteren bess. Herrn zwecks Spaziergänge u. spät. Heirat" wünscht.

Im übrigen aber sieht alles danach, daß die Heirat auch eine gute materielle Grundlage bekommt. Dafür zeugt zunächst folgendes Inserat: „Frl. a. achtb. Fam., Anf. 30 J., l. Ref. m. bess. Prof. oder kl. Beamt.: Witw. m. Kind. angenehm, z. Heir." Oder auch das folgende einer Beamtenfreundin:, Witwe, 41 J., angenehm. Erich., verm. 1 erw. S., m. ein. b. alleinst. H., a. l. Beamten, zw. Heirat kennen zu lernen." Deutlicher jedoch ist die Männerwelt. Sie inseriert beispielsweise: „Ein Bäckermeister, Witw., 40 Jahre, vom Lande, mit eigenem Grundstück, Landwirtschaft von 7 Morgen Land, großem Obst- und Gemüsegarten und zwei Kindern im Alter von 6 bis 8 Jahren, sucht eine Lebensgefährtin, älteres Mädchen od. unabhängige Witwe m. Barvermögen von 5 bis 10 000 M. erwünscht. Nur solche wollen sich melden, die den Kindern eine Mutter werden wollen und Lust fürs Geschäft und alle häuslichen und landwirtsch. Arb. haben." Oder auch folgendermaßen: „Strebs. gepr. Hufschmied, 26 J. alt, sucht die Bekanntschaft einer Schmiedemstr.-Tochter oder -Witwe (mit Kind nicht ausgeschl.) zw. Einheirat. Vom Lande bevorz." Oder schließlich so: „Alt. Geschäftsmann, mit einigen tausend Mark barem Vermögen sucht alt. Fräulein oder Witwe ohne Anh. zwecks spät. Heirat. Selb. würde auch in Geschäft od. Landwirtschaft einheiraten."

Doch es gibt auch noch andre gemütsvollere Heiratslustige. So sucht beispielsweise ein „Eisenbahnbeamter, Anfang 30, solid., ruhiger Charakter, kriegsbeschädigt," eine Lebensgefährtin, „genüto. Charakters, auch Kriegerwitwe, welche Wert auf häusliches trautes Glück und Heim legt, kenn. zu lernen. Etwas Verm. erw." Und folgendes fällt ganz und gar aus dem Rahmen: „Junge, bessere Witwe von angenehm. Aeußern und eleg. Heim, würde vorn., einsam lebenden Kriegsinvaliden, der auf fremde Hilfe angewiesen, betreuen und gute Lebenskameradin sein zw. spät. Heirat."

So und ähnlich geht es in einem fort, und alle versuchen „auf diesem nicht mehr ungewöhnlichem Wege" zu einem Lebensgefährten zu kommen. Damit dürfte es auch immer schlimmer werden, um so mehr, als die ganze Welt infolge des Krieges einen ungeheuer großen Frauenüberschuß bekommt.

---

* **Meldepflicht des unausgebildeten Landsturms.** Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß die unausgebildeten Landsturmpflichtigen nach erfolgtem Aufruf des Landsturms den militärischen Meldeu- und Kontrollvorschriften unterliegen und demnach verpflichtet sind, jede Wohnungsveränderung anzuzeigen, insbesondere beim Wechsel des Aufenthaltsortes sich am bisherigen Aufenthaltsorte von der Landsturmrolle ab- und im neuen Aufenthaltsorte zu derselben sofort wieder anzumelden. Hiervon werden auch diejenigen Wehrpflichtigen betroffen, die als dauernd dienstunbrauchbar ausgemustert worden waren, sich auf Grund des Gesetzes vom 4. September 1915 aber erneut haben melden müssen. Die noch nicht Gemusterten, sowie diejenigen, die bei den Kriegsmusterungen nicht ausgehoben, sondern zurückgestellt worden sind (Entscheidung: zeitig untauglich oder zeitig garnison- oder arbeitsverwendungsunfähig oder dauernd kriegsunbrauchbar), haben die Meldungen im Stadthause, Schmeerstraße II, Zimmer 18, zu bewirken. Für diejenigen, die bei den Musterungen ausgehoben worden sind (Entscheidung: kriegsverwendungsfähig, dauernd oder zeitig garnisonverwendungsfähig oder arbeitsverwendungsfähig), ist das Kämpfliche Bezirkskommando, Dessauer Straße Nr. 69, die zuständige Meldestelle. Unterlassung der Meldung hat Bestrafung nach den Militärstrafgesetzen zur Folge.

* **Zur Ablieferung von Einrichtungsgegenständen.** Unter Bezugnahme auf seine Bekanntmachung vom 26. März weist der Magistrat darauf hin, daß die städtische Metall-Sammelstelle in der Turnhalle am Roßplatz von Montag an Werktags von 9 bis 3 Uhr, Sonnabends von 9 bis 12 Uhr geöffnet ist. Diejenigen, die beschlagnahmte, in Reihe I der Verfügung vom 26. März 1918 aufgeführte Einrichtungsgegenstände besitzen, werden aufgefordert, mit der Ablieferung sofort zu beginnen und die bezüglichen Gegenstände bis spätestens 1. Juni abzuliefern. Da für die in Reihe II vorgenannter Verordnung aufgeführten Gegenstände eine Ersatzbeschaffung nicht unbedingt notwendig ist, ist auch mit der Ablieferung dieser Gegenstände möglichst bald zu beginnen, zumal die letzte Zeit vor dem festgesetzten Endtermin (1. Oktober 1918) durch die Ablieferung der in den Reihen III und IV verzeichneten Gegenstände in Anspruch genommen wird. Gleichzeitig können noch andere Metallgegenstände — außer Eisen — sowie Altmetall freiwillig in der Sammelstelle abgeliefert werden. Diejenigen, die die Bestandsanmeldung für Einrichtungsgegenstände noch nicht erstattet haben, werden aufgefordert, das Versäumte innerhalb 3 Tagen nachzuholen. Das Gleiche gilt für diejenigen, die über die Ersatzbeschaffung keine bestimmten Angaben gemacht. Unterbleibt die Einreichung oder Vervollständigung der Meldung, so hat der von der Beschlagnahme Betroffene selbst für Ersatz zu sorgen. Einwendungen gegen die Höhe der für die beschlagnahmten Gegenstände festgesetzten Preise sind vor der Ablieferung geltend zu machen, da nach Empfangnahme der Anerkennungsbescheinigung die Inanspruchnahme des Schiedsgerichts ausgeschlossen ist. Auskünfte werden in der Sammelstelle sowie Rathausstraße 6, Zimmer 125, erteilt.

* **Erholungsbedürftige und Fremdenverkehr.** Der Bundesrat hat der bereits veröffentlichten Verordnung über Maßnahmen zur Beschränkung des Fremdenverkehrs zugestimmt. Die Verordnung soll, wie dazu amtlich mitgeteilt wird, keineswegs eine grundsätzliche und allgemeine Beschränkung des Fremdenverkehrs herbeiführen, sondern sie soll lediglich den im vorigen Jahre in den Formen des Fremdenverkehrs und auch in seiner örtlichen Regelung vielfach hervorgetretenen Mißbräuchen und Auswüchsen Abhilfe schaffen und Vorsorge treffen, daß die aus volksgesundheitlichen Gründen notwendigen Erholungsmöglichkeiten überall gewährt bleiben und daß die beschränkte Versorgung, die der knappe Stand der allgemeinen Ernährungslage dem Reisevkehr beläßt, in erster Linie derjenigen Personen nutzbar wird, die aus Gesundheitsrücksichten zu einem Aufsuchen von Kurorten, Heilbädern oder Erholungsstätten genötigt sind. In diesem Sinne soll die Verordnung vom Kriegsernährungsamt gehandhabt werden. Die für ihre landesrechtlichen Ausführungsbestimmungen grundsätzlich vorbehaltene Zustimmung der Reichsinstanz gibt die Gewähr einer einheitlichen Regelung, die den berechtigten Fremdenverkehr gegen jede unangebrachte Behinderung schützt und in seiner Versorgung in den Grenzen des zur Zeit überhaupt Möglichen sicherstellt.

* **Wesentliche Erleichterungen im Bezugsscheinverfahren** bei Abgabe gebrauchter Kleidung hat die Reichsbekleidungsstelle verfügt. Zur Erteilung eines Bezugsscheines auf Abgabebescheinigung soll der Begriff „Nach Verwendungszweck gleichartig" in weitestem Sinne ausgelegt werden. Oberkleidung, Unterkleidung, Wäsche bilden jedes eine Gruppe für sich, innerhalb deren es aber künftig gleich bleibt, ob der Schein zur Verwendung für Männer oder Frauen, Knaben oder Mädchen bestimmt wird. Z. B. darf bei Abgabe eines Herrenanzuges ein Bezugsschein für Damenmantel oder Damenanzug oder Mädchenkleid usw., bei Abgabe eines Damenkostüms ein solcher für Knabenanzug usw. bewilligt werden. Ausschlaggebend jedoch ist, daß zum gewünschten anderen Stücke keinesfalls mehr Stoff als für den abgegebenen nötig ist.

* **Auf die 8. Kriegsanleihe** sind bei der städtischen Sparkasse bis 17. April in 3975 Posten 12 935 500 M. gezeichnet worden.

* **Die gereimten Waschregeln für nur „kriegsreine" Wäsche,** die wir gestern an dieser Stelle erwähnten, lauten ihrem vollen Inhalt nach:

Schont die Wäsche! Jederzeit
Eingedenk der Mahnung seid!
Wäscht nicht nach gewohnter Frist,
Sondern nur, wenn's nötig ist!
Sammelt Regen in dem Faß,
Seife spart durch Himmelsnaß!
Wäscht und bleicht nicht scharf, denn wißt:
Chlor wie Aetzlauf Löcher frißt!
Weicht gut ein, spült gut zum Schluß;
Doppelt reinigt's, spart Verdruß!
Löst das Pulver vorher auf,
Streut's nie trocken oben drauf!
Reibt und zerrt nicht wild drauf los,
Kocht so lang als nötig bloß!
Stets beim Kochen darauf seht,
Daß die Lauge übersteht!
Sengt den Stoff beim Bügeln nicht,
Meidet, daß die Falte bricht,
Da statt Stärke mancher Schal!
Gips auch liefert oder Kalk!
„Kriegsrein", das genüge heut,
„Schneeweiß" bleibt für Friedenszeit!
„Schont die Wäsche!" lautet schlicht,
Eines jeden Deutschen Pflicht!

* **Baumblüte im April!** Was in anderen Jahren dem Mai vorbehalten ist, das vollzieht sich in diesem Jahr bereits im April. Die sommerliche Witterung bewirkt geradezu Wunder. Die Natur ist mit solcher Macht vorgeschritten, daß man täglich über die Fortschritte staunen muß. Schon entfalten zahlreiche frühe Obstbäume, der Flieder, die Kastanien, besonders aber eine Menge Blumen ihre Blütenknospen in einer unerschöpflichen Fülle. Die Feldfrüchte, der Roggen, Hafer, Weizen und Gerste stehen überall ausgezeichnet. Kommt kein ungünstiger Wetterumschlag, ein kühler Mai und genügender Regen, wie er jetzt bereits eingesetzt hat, dann ist mit Sicherheit eine frühe und reiche Ernte zu erwarten. Die Frühjahrsbestellung, der nunmehr das Legen der Kartoffeln folgt, wird schon bald zu Ende geführt sein.

Handel und Wandel.

15] Von F. W. Hackländer.

Jetzt trat der Prinzipal vor und griff nach der Flasche in meiner Hand, wobei er lächelnd zu seiner Schwester sagte: „Ja, siehst du, liebe Barbara, wenn es dir gut tut, nimm nur in Gottes Namen von deiner schmerzstillenden Arznei." Doch kaum hatte er die Hand nach mir ausgestreckt, so stürzte auch Barbara selbst hinzu, um mir die Flasche zu entreißen, und da ich im ersten Augenblick nicht wußte, was das zu bedeuten habe, ließ ich die Flasche los, noch ehe sie der Prinzipal oder Jungfer Barbara gefaßt hatten, worauf sie natürlich zu Boden fiel und alda in tausend Scherben zerbrach. Sogleich verbreitete sich ein annutiger Likörduft um uns, und ich, aufs höchste betroffen und überrascht, konnte mich nicht enthalten, auszurufen: „Ei, das ist ja eine Schnapsflasche!" — „Ja!" kreischte Barbara mir entgegen, „ja, Sie junger, nichtswürdiger Mensch! s ist freilich eine Schnapsflasche, und Gott mag wissen, wo Sie sie her haben."

Das war mir denn doch etwas zu stark, und ich entgegnete nachdrücklich: „Wo ich sie her habe, Jungfer Barbara? Nun, wo anders als aus Ihrem Küchenschrank?" — „So, so?" schrie die Dame noch heftiger, „aus meinem Küchenschrank will Er sie haben! Her — der — Sie —" und bei diesen letzten Worten sah ich ihre zehn Finger, mit ziemlichen Nägeln bewachsen, dicht vor meinem Gesicht schweben.

„Ja," rief ich, jetzt auch heftiger werdend, „aus dem Küchenschranke ist sie, und es ist dieselbe Schnapsflasche, aus der Sie jeden Tag mit dem großen Löffel Ihre schmerzstillende Arznei nehmen." — Indem ich diese Worte aussprach, trat ich unwillkürlich einen Schritt rückwärts und hatte sehr wohl getan, denn die zehn Finger der Jungfer zuckten nach mir und beschrieben in der Luft eine Kurve, wie die Pfoten einer erboßten Katze. Als sie aber ihr Ziel, das wahrscheinlich in meiner Nase bestand, nicht erreichten, wankte sie auf das Sofa zurück und sank mit geschlossenen Augen nieder, indem sie ausrief: „Ich sterbe! ich sterbe!"

In Gottes Namen! dachte ich, wandte mich um und eilte die Treppe hinab in die Schreibstube, wo ich mich auf meinen Stuhl setzte und aus Aerger und Verdruß laut zu weinen anfing. Bald darauf folgte mir der Prinzipal, und als er mich so dasitzen sah, legte er seine Hände auf den Rücken und ging in der Schreibstube auf und nieder. Er war offenbar in großer Bewegung und gab das durch häufiges Anfassen der Gegenstände, die um ihn waren, zu erkennen. So zwickte er jedesmal, wenn er vorüberkam, das kleine Ungeheuer auf dem Ofen in die Nase und stieß mit dem Fuße an den Korb des Mopses, der bei dem Geschrei oben einen schwachen Versuch gemacht hatte, aufzustehen, dessen Faulheit aber größer war, als die Anhänglichkeit an die Herrschaft. Endlich stellte sich der Prinzipal an sein Pult, und während er mit einem Federstumpen eifrig im Tintenfaß herumrührte, sprach er, ohne mich anzusehen: „Sehen Sie, die vorgefallenen Gelüstchen, lieber junger Freund, sind mir äußerst, so sehr äußerst unangenehm. In Entgegnung auf Ihre Zeitungsannonce damals schrieb ich mein Ergebenstes vom 6. Dezember an Ihre Großmutter, worauf wir uns einigten, Sie bei mir in die Lehre zu nehmen, um Ihnen den Handel in seinen Anfangsgründen beizubringen. Daß Sie unaufmerksam oder nachlässig seien, kann ich nicht sagen, aber jung sind Sie, sehen Sie, sehr jung, lieber Freund, und daher mag's wohl kommen, daß alle die kleinen unbedeutenden Sachen vorgefallen sind, die machen, daß meine Schwester, die Jungfer Barbara, höchlich über Sie erzürnt ist; ein Verhältnis, das für Sie unangenehm sein muß und das sich, ich kenne das, nicht so bald umgestalten dürfte. Daher war es meine Meinung, Sie suchten Ihre Großmutter zu bewegen — richtig, Sie haben ja auch einen Vormund — daß man ein anderes Geschäft für Sie suche, eine andere Handlung, wo Geschäft und Familienleben nicht so unzertrennlich verbunden sind wie bei mir. Nun so, Sie werden mich schon verstehen; tragen Sie das Ihrer Großmutter einmal vor."

Wirklich verstand ich den Herrn Reißmehl sehr gut. Aus der Lehre entlassen zu werden, wäre mir unter anderen Umständen als etwas Schreckliches erschienen; ich hatte aber das Spezereigeschäft gar zu satt, und so mochte des Herrn Reißmehl Rede gar keinen ungünstigen Eindruck auf mich. Aber meine Großmutter, meine Tanten — o weh! ich sah da harten Kämpfen entgegen. Herr Reißmehl versicherte mir nochmals, was er gesagt, sei nur ein Vorschlag, den ich mir mit meinen Verwandten genau überlegen und darauf einen ruhigen Beschluß fassen möchte. — Ich nahm meine Mütze vom Nagel in der Schreibstube, empfahl mich auf kurze Zeit dem Herrn Reißmehl und konnte nicht unterlassen, als ich an der Treppe vorbeiging, einen recht ingrimmigen Blick nach dem ersten Stock hinaufzuschicken.

9.

Rache.

Als ich auf die Straße hinauskam, atmete ich tief auf; es war mir wie einem Vogel, der dem Käfig entschlüpft ist. Wenn die Meinigen den Austritt aus dem Reißmehlschen Haus billigten, so hatte ich doch wieder etwas Ungewisses vor mir, eine frische Zukunft, in welche ich die buntesten üppigsten Luftschlösser hineinbauen konnte. Ich fühlte es, während meines kurzen Lehrlingsstandes hatten sich meine Wünsche bedeutend erweitert; erschien mir doch jetzt jedes Handlungshaus in der Stadt, selbst das größte, wie ein Reißmehlscher Spezereiladen, und nur auf der anderen Seite der Welt, das heißt jenseits der Mauern unserer Stadt, konnte es schön und herrlich sein.

Unter diesen Betrachtungen ging ich beim steinernen Kerl vorbei, der an der Haustür stand, und strich ihm über seine lange Nase, wobei ich ihm spottend zurief: „Alter Kamerad, du kannst nicht mit mir hinaus in die Welt, du bist an das Reißmehlsche Haus gebunden und an Jungfer Barbara." Doch wie ich die Kälte des Steins in meiner Hand fühlte, durchlief es plötzlich meinen Körper eiskalt und mir fiel ein, daß meine Großmutter nur ihre Einwilligung verweigern durfte, so war auch wieder an das Reißmehlsche Haus gebannt, und unter noch viel drückenderen Verhältnissen als der steinerne Kriegsknecht, der, wie es mir schien, heute einen sonderbar lachenden Ausdruck hatte. Ich eilte um die Ecke, doch kaum war ich einige Schritte weit gegangen, als mich aus einer Seitengasse eine Baßstimme anrief, bei deren Ton ich sogleich wußte, wer der Herr derselben sei.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180419-11/fragment/page=0005

* **Wünsche und Beschwerden der Saalbesitzer.** Der Verein der Saalbesitzer von Halle und Umgegend hielt jetzt seine April-Versammlung ab. Der gemeinsame Antrag des Vereins der Saalbesitzer mit dem Gastwirtsverein an den Kreisausschuß des Saalkreises auf Beseitigung der Betriebssteuer hatte vollen Erfolg: Der Kreistag des Saalkreises beschloß von der Erhebung der Betriebssteuer mit Rücksicht auf die ungünstige Lage des Gast- und Schankgewerbes für 1918 abzusehen; eine weitere Ersparnis besteht darin, daß beim Fortfall der Kreis-Betriebssteuer die einzelnen Gemeinden ihre Gemeinde-Zuschläge zur Betriebssteuer auch nicht erheben können. Auch die Schank-Konzessions-Steuer kam zur Sprache; man hofft, daß diese nunmehr für alle Mieter in Wegfall kommt (was aber nicht geschehen ist. Red.). Eine Eingabe wegen der Kartoffelkarte an den Staatssekretär v. Waldow sowie eine solche an den Magistrat wegen einer Protest-Versammlung gegen die Verordnung wider den Schleichhandel fand lebhaftes Interesse. Nach einem Bericht über die Verhandlungen mit den Gastwirtsgehilfen wegen des Lohntarifs sind wegen zu schwacher Beteiligung keine bindenden Erklärungen abgegeben worden. Weiter wurde u. a. eine Eingabe wegen Beurlaubung von Kellnern an den Pfingstfeiertagen an das hiesige Garnisonkommando beschlossen. Ueber den Verbrauch von elektrischem Licht und Gas entspann sich eine längere Aussprache; man ist der Ansicht, daß die teilweise festgesetzten Strafen infolge Mehrverbrauchs zu Unrecht erfolgt seien.

* **Herrenlose Kaninchenfelle.** Wie schon bekannt gegeben, sind hier 23 Stück Kaninchenfelle verschiedener Farbe und Größe beschlagnahmt worden, die zweifellos aus einem Diebstahl herrühren, vielleicht auch von außerhalb Halles. Ein Eigentümer hat sich bisher noch nicht gemeldet. Es kommen nicht Diebstähle an Kaninchen, sondern an den Fellen in Frage. Es wird deshalb nochmals darauf aufmerksam gemacht, und der Eigentümer aufgefordert, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 37, gegebenenfalls zur Empfangnahme der Felle einzufinden.

* **Unbekannte Tote.** Wie bereits berichtet, ist am Dienstag nachmittag eine unbekannte weibliche Leiche im Alter von etwa 20 bis 25 Jahren, die bereits in Verwesung übergegangen war, oberhalb der Eröllmitzer Brücke aus der Saale gelandet worden. Die Tote trägt Sommerrock, schwarze Strümpfe, schwarze Halbschuhe, dunkles Winterjackett und hat anscheinend dunkles Haar gehabt, das aber bereits abgefallen ist. Wer über sie Auskunft geben kann, wird gebeten, sich alsbald bei der Kriminalpolizei, Zimmer 72 oder 73, zu melden, wo auch einige Teile der Kleidungsstücke zur Ansicht ausliegen.

* **Gefundene Gegenstände.** In der Zeit vom 1. bis 15. April sind nachstehende Gegenstände als gefunden bei der Polizeiverwaltung abgegeben oder angemeldet worden: 9 Geldbüchchen mit Inhalt, 1 Handtasche mit Inhalt, 1 silb. Armband, 1 silb. Brosche, 1 gold. Anhänger, 1 gold. und ein Nickelklemmer, 1 Glaserdiamant, 1 Schlagring, 2 Mützen, 1 Taschenmesser, 1 schw. Marktsache, 1 Paket mit einer angef. Handarbeit, 1 Paar Glacehandschuhe, versch. Schlüssel. Die Eigentümer werden aufgefordert, ihre Rechte innerhalb 6 Monaten im Polizeiverwaltungsbureau, Dreihauptstraße 4, Zimmer 100, geltend zu machen. Die nicht zurückgeforderten Gegenstände werden an die Armenverwaltung oder an den Finder abgegeben.

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Stadttheater. Heute Freitag geht „Hanneles Himmelfahrt" von Gerhart Hauptmann zum erstenmal in Szene. Um Störungen zu vermeiden, wird um recht pünktliches Erscheinen gebeten. Für die „Dreimädelhaus"-Vorstellung am Sonnabend nachmittag, die für die Zeichner der Kriegsanleihe angesetzt ist, sind noch Karten übrig geblieben, die an jedermann käuflich abgegeben werden. Am Sonnabend abend wird „Das Käthchen von Heilbronn" gegeben, Sonntag nachmittag (Fremdenvorstellung zu ermäßigten Preisen) „Die Förster-Christl", abends 7 Uhr „Tannhäuser", Montag „Die Zauberflöte".

Thalia-Theater. Am Sonntag abend bringt das Stadttheater-Personal das Lustspiel „Jugendfreunde" zur Aufführung.

Aus der Provinz.

Lohnforderungen der Bergarbeiter.

Die Lohnverhältnisse im Altenburg-Zeitz-Weißenfelser Braunkohlen-Revier sind mit die schlechtesten in ganz Deutschland. Nach der im Reichsanzeiger vom 25. März d. J. veröffentlichten amtlichen Nachweisung der in den 16 Hauptbergrevieren gezahlten Löhne rangiert das Halleische Braunkohlenrevier, dem das Altenburg-Zeitzer zugehört, für die eigentlichen Bergarbeiter an 14. Stelle, für die sonstigen Bergarbeiter an 14. Stelle, für die erwachsenen Uebertagearbeiter an 13. Stelle und für die jugendlichen Arbeiter an 3. Stelle.

Weil somit die Verdienste der Arbeiter ungenügend, zum Teil völlig unzureichend geworden sind, wurde in 2 Konferenzen der Vertreter der Arbeiterschaft einstimmig beschlossen, am 22. April auf sämtlichen Betrieben des Reviers durch die Arbeiter-Ausschüsse nachstehende Forderungen einzureichen:

Für die Grubenanlagen im Altenburger Revier. 1. Das Gedinge der bei der Kohlengewinnung beschäftigten Arbeiter soll zwischen Betriebsleitung einerseits und den Hauer und Schlepper andererseits vor den Arbeitsorten so festgesetzt werden, daß damit in der Neunstundenschicht bei normaler Leistung 11 Mark verdient werden muß. 2. Reparaturhauern und den Bedienungsmannschaften an der Seil- und Kettenbahn, ferner den Maschinisten und Heizern sollen 30 Prozent, allen volljährigen Arbeitern, welche in Schicht- oder Stundenlohn arbeiten, 20 Prozent, Arbeiterinnen und Jugendlichen 10 Prozent Lohnzulage gewährt werden. 3. Für Handwerker: Schmiede, Schlosser, Drecher, Klempner und sonstige Metallarbeiter soll eine Zulage von 15 Pf. die Stunde gezahlt werden. Diese Zulage soll als Facharbeiterzulage gelten.

Die bisher gezahlten Teuerungs- und sonstigen Zulagen bleiben von den Forderungen unberührt.

Die Verschiedenartigkeit dieser Forderungen erklärt sich daraus, daß die Betriebe im Zeitzer Revier eine höhere Teuerungszulage gewähren wie die Altenburger.

Falls die Grubengesellschaften kein Verständnis für die Notwendigkeit der geforderten Verdienste beweisen, sollen die zuständigen Schlichtungsausschüsse angerufen werden.

Da die Lage der Arbeiterschaft derart ungünstig geworden und der Wille zur Verbesserung der Löhne im Revier allgemein ist, darf wohl erwartet werden, daß den berechtigten Anforderungen der Arbeiterschaft Rechnung getragen wird. Voraussetzung ist natürlich, daß jeder einzelne seine volle Pflicht tut, um die gestellten Forderungen durchzusetzen.

Die fordernden Verbände sind: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Verband der Maschinisten und Heizer Deutschlands, Gewerkverein H. D.

Merseburg. Butterausgabe. Am Sonnabend werden zugeteilt: an die Kunden der Verkaufsstellen 1 bis einschl. 7 (Albert, Vogel, Fischer, Kötteritzsch, Frahnert, Kuneke und Konsumverein Leuchtstedter Straße) auf jede gewöhnliche Fettmarke 50 Gramm Margarine zum Preise von 22 Pf., auf jede Zusatzfettmarke 50 Gramm Butter zum Preise von 31 Pf.; an die Kunden der Verkaufsstellen 8 bis einschl. 14 (Teichmann, Schulz, Kretzschmar, Räther, Schanze, Konsumverein An der Geisel, Trommer) auf jede gewöhnliche Fettmarke und auf jede Zusatzfettmarke je 50 Gramm Butter zum Preise von 31 Pf.

— Der Ausschuß für erholungsbedürftige Kriegerkinder hat beschlossen, im Mai 20 erholungsbedürftige Kriegerkinder nach Dürrenberg zu schicken, denen im folgenden Monat 20 weitere folgen sollen. Ferner wird der Ausschuß wieder einer großen Zahl von kränklichen Kriegerkindern die Wohltat zuteil werden lassen, im hiesigen Solbad zur gesundheitlichen Kräftigung Solbäder zu nehmen. Mit besonderer Freude konnte der Vorsitzende bekannt geben, daß dem Ausschuß zur Durchführung seiner dankenswerten Aufgaben wieder verschiedene hochherzige Zuwendungen gemacht worden sind, so u. a. vom Fabrikbesitzer Richard Dietrich 1000 M., Stadtrat Podkowiß und Kaufmann Tänzer je 500 M., Fabrikbesitzer Kornacker 100 M. und Kaufmann Fruth 30 M. Weitere Zuwendungen wohlgesinnter Bürger sind in Aussicht gestellt.

— Zwangsweise Aufbringung von Heu und Stroh. Der Landrat gibt bekannt: Die Aufbringung von Heu und Stroh geht so schleppend vor sich, daß ich mich zu meinem Bedauern gezwungen sehe, militärische Requisitionskommandos zur Abnahme von Heu und Stroh vom stellen. Generalkommando IV. Armeekorps in Magdeburg zu erbitten. Diese werden in ungefähr einer Woche ihre Tätigkeit beginnen, und zwar in denjenigen Bezirken, die bis dahin am wenigsten abgeliefert haben. Bei derartigen militärischen Requisitionen sind Härten unvermeidlich, da diese die Vorräte ohne Rücksicht auf die individuellen Verhältnisse der Besitzer abnehmen müssen. Es wird daher nochmals allen Landwirten dringend anheimgestellt, noch Kräften mit dazu beizutragen, das Ablieferungssoll der Gemeinden an Heu und Stroh mit zu erfüllen.

— Ehedrama. Einen Selbstmordversuch unternahm am Dienstag nachmittag in einem Hause der Dammstraße die Ehefrau eines Monteurs. Nach einer heftigen Familienszene nahm die Frau übermangansaures Kali ein. Vorher hatte sie ihren Mann telephonisch von ihrem Vorhaben verständigt. Als dieser in die Wohnung kam, fand er seine Frau schwerkrank im Bett liegen. Die Kranke wurde dem Krankenhaus überwiesen, wo sich ihr Zustand soweit besserte, daß sie in einigen Tagen wieder als gesund entlassen werden kann.

Weißenfels. Die Frauenarbeits-Beratungsstelle erteilt durch die Städtische Jugendpflegerin, Fräulein Schwarz, unentgeltlich Auskunft und Rat für arbeitslose Frauen oder solche, die eine andere Art von Arbeit, als sie bisher getan haben, übernehmen wollen. Sprechstunde Dienstags und Freitags von 10—11 Uhr im Städtischen Arbeitsnachweis, Hirsemannstraße 3.

— Bandendiebstähle. Während der letzten Zeit sind mehrfach Einbruchsdiebstähle in Villen und abseits gelegenen Häusern vorgekommen. Die Spitzbuben haben in den meisten Fällen solche Wohnungen aufgesucht, von denen sie wußten, daß die Bewohner in den oberen Räumen schliefen. Da es sich anscheinend um eine organisierte Diebesbande handelt, werden die Bewohner derartiger Gebäude gewarnt und gebeten, alle zur Ermittelung der Diebe wichtigen Angaben möglichst schnell der Polizei-Inspektion mitzuteilen.

— Der Kreisausschuß gibt bekannt: Die für die Zeit vom 18. März bis 14. April 1918 ausgegebenen gelben Brotmarken mit grünem Unterdruck und rot aufgedrucktem Buchstaben A verlieren am 20. April 1918 ihre Gültigkeit. Nach dem 20. April dürfen diese Brotmarken von den Bäckern nicht mehr angenommen werden. Die Bäcker haben die eingenommenen Brotmarken bis spätestens zum 25. April 1918 an die Getreide- und Mehlstelle abzuliefern. Für Brotmarken, die bis dahin nicht abgeliefert sind, wird Mehl nicht ersetzt.

Naumburg. Vor dem Schleichhandel mit Kartoffeln warnt der Landrat durch folgende Bekanntmachung: Nach Berichten aus allen Landesteilen hat der Schleichhandel mit Kartoffeln zur Zeit wieder einen Umfang angenommen, welcher die Versorgung der Bevölkerung aus der öffentlichen Hand bis zum Schlusse des Wirtschaftsjahres schwer bedroht. Ich mache darauf aufmerksam, daß eine Heraufsetzung der Selbstversorgerration sich nötig macht, sobald die Erfüllung des Liefersolls des Kreises durch den Schleichhandel als gefährdet erscheint. Um die Ausführung unrechmäßig erworbener Kartoffeln zu verhindern, werde ich stärkere Kontrollmaßnahmen treffen und strengste Strafe beantragen.

— Unfall. In der großen Salzstraße wurde am Dienstag vormittag eine Dame durch ein Kutschgeschirr erfaßt und zu Boden gerissen. Sie soll schwerhörig sein und den langsam fahrenden Wagen nicht gehört haben. Wahrscheinlich infolge des Schrecks war sie kurze Zeit bewußtlos, auch hatte sie durch den Unfall einige Schürfungen im Gesicht erlitten.

Die Nachrichtentruppen in den Durchbruchsschlachten.

Schon in den letzten großen Abwehrschlachten im Westen waren die Nachrichtentruppen, Fernsprecher, Funker, Blinker und Erdtelegraphisten vor sich immer wieder verändernde Verhältnisse und vor Aufgaben gestellt, die Anpassungsfähigkeit der Truppe, Zähigkeit und Aufopferungsfreudigkeit des einzelnen bedingten. Aber ungleich bedeutender waren die Anforderungen, die jetzt, beim Durchbruch der feindlichen Linien und beim Beginn des Bewegungskrieges an die Nachrichtentruppen herantraten. Mit dem Augenblick, in dem die Angriffstruppen vordrachen, galt es für die Bautrupps der den Divisionen zugeteilten Fernsprechabteilungen dafür zu sorgen, daß die Kommandostellen die Verbindung mit den Vordringenden nicht verloren. Die Fernsprechleitungen mußten, mit der Schnelligkeit des Vormarsches Schritt haltend, über die Trichterfelder hinweg und im schweren feindlichen Feuer verlängert werden.

Sobald die Stäbe nachrückten, waren neue Fernsprechstellen für sie einzurichten, die Verbindung mit den rückwärtigen und nächsthöheren Kommandobehörden sowie der Anschluß mit den zur Rechten und zur Linken vorrückenden Verbänden aufrecht zu erhalten. Immer wieder gingen die Divisionen vor, und immer wieder mußten die alten Leitungsnetze abgebaut, neue Netze nach vorn, nach den Seiten und nach rückwärts hergestellt werden. In schwerster Arbeit, die Tage und Nächte hintereinander durch keine Minute der Ruhe unterbrochen wurde, haben die Fernsprechabteilungen ihre verantwortungsreiche Aufgabe gelöst. Gleichzeitig fiel den Armeefernsprechabteilungen die schwere Aufgabe zu, die Verbindung zwischen den Divisionen und den nächsthöheren Kommandobehörden und von diesen wieder zur Etappe aufrechtzuerhalten. Hand in Hand mit den Fernsprechabteilungen arbeiteten die Funkerabteilungen. Kleine Funkertrupps mit tragbaren Geräten gingen mit den stürmenden Bataillonen vor und übermittelten mit schnell hergerichteten Stationen den drahtlosen Verkehr mit den rückwärtigen Stationen, die den höheren Kommandostellen zugeteilt waren. Die Aufgabe dieser kleinen Funkertrupps war doppelt schwierig: mitten im Toben der Angriffskämpfe mußten sie ihre Apparate bedienen und die Meldungen weitergeben, von deren sicherer und genauer Uebermittlung das Wohl und Wehe der Kampftruppe, das Gelingen der ganzen Operation abhing. Durch ihr kaltblütiges Arbeiten während der Kampfhandlungen und durch ihre opferfreudige Zuverlässigkeit sind die Funker getreue Helfer der schwerringenden Infanterie und der Artillerie geworden. Auch die Blinkertrupps haben viel zur Aufrechterhaltung der Verständigung zwischen den kämpfenden Verbänden beigetragen. Wo schnelle Verbindung der Bataillone untereinander, oder zwischen Beobachter und Batterie herzustellen war, haben die Blinker mit ihren leichten Lichtsignalgeräten schnelle und sichere Arbeit geleistet.

Die Organisation des Ganzen, die Umsicht der Führung, die Unermüdlichkeit und Tapferkeit jedes einzelnen Mannes haben bewirkt, daß die Nachrichtentruppen zum unentbehrlichen Gliede des vorgehenden Heereskörpers geworden sind. Sie geben den Befehlsstellen, wie der Heeresbericht sagt, „die Sicherheit, die Schlacht in die gewollten Bahnen zu lenken".

Der Fernsprecher um die Erde.

Was beim Telegraphieren über jede Erwartung hinaus gelungen ist, nämlich die Rückficht auf die Entfernung durch die Einschaltung sogenannter Relais fast völlig zu übermünden, war für die Telephonie bis auf die neueste Zeit ein frommer Wunsch geblieben, und seine Erfüllung ist schließlich von einer Seite gekommen, von der sie wohl auch von gewiegten Fachleuten überhaupt nicht oder doch nicht in erster Linie erwartet worden ist. Die geheimnisvollen Kathodenstrahlen haben diese Wunder vollbracht. Dabei handelt es sich nicht einmal um die drahtlose Telephonie, sondern um die Möglichkeit, mit Leitungen gewöhnlicher Art Tausende von Kilometern weit zu sprechen, wo bisher die Grenze umgekehr bei 1000 Kilometern gesetzt war. Karl von Bardeleben gibt von der neuen Errungenschaft in der Wochenschrift Umschau eine gründliche Besprechung, die eine Verfolgung dieser erfolgreichen Arbeiten von ihren physikalischen Grundlagen an gestattet. Nachdem die Schwierigkeiten einer Verstärkung von Fernsprechströmen im Vergleich zu den Telegraphierströmen betont worden sind, werden die ersten Versuche zur Schaffung von Fernsprechrelais besprochen, deren erstes, für die Praxis noch nicht brauchbares Ergebnis vor etwa 8 Jahren vorlag. Der neue anscheinend entscheidende Fortschritt gründet sich auf das Kathodenstrahlenrelais, das wie es merkwürdigerweise oft geschehen ist, an zwei ganz verschiedenen Stellen fast gleichzeitig erfunden wurde, nämlich in Oesterreich von Robert von Lieben und in den Vereinigten Staaten von dem bereits in der drahtlosen Telegraphie sehr bekannten Lee de Forest. Das Wesen der Erfindung und die Art in der die Kathodenstrahlen in einer Geißlerschen Röhre zur Verstärkung der Telephonströme dienstbar gemacht werden, kann auf kleinem Raum nicht mit hinreichender Klarheit auseinandergesetzt werden. Es genüge, darauf zu verweisen, daß eine unentbehrliche Vorbedingung eine von Prof. Wehnelt schon vor mehr als 20 Jahren gemachte Entdeckung ist, wonach gewisse Metallverbindungen, namentlich das gewöhnliche Kalziumoxyd, in rotglühendem Zustand elektrisierend oder, wie man jetzt in bestimmtem Sinn sagt, ionisierend auf ihre Umgebung wirken. Diese Tatsache ist bei der Erfindung von Lieben dadurch ausgenutzt worden, daß ein als Kathode dienendes dünnes, aber langes Platinband mit einer schwachen Schicht von Kalziumoxyd übergogen ist. Die benutzten Röhren haben einen Durchmesser von 8 Zentimeter bei einer Länge von etwa 30 Zentimeter. Die Kathode wird durch eine Batterie auf rund 1000 Grad erhitzt. Der Fernsprechstrom kann durch eine Röhre auf das 20—80 fache verstärkt, seine Reichweite in einer gewöhnlichen Leitung verdoppelt, also auf wenigstens 2000 Kilometer gebracht werden. Es steht aber nichts im Wege, mehrere solcher Röhren hintereinander einzuschalten und damit eine praktisch beliebige Verlängerung des Fernspruchs herbeizuführen. In den Vereinigten Staaten sind unter Benutzung des Apparats von de Forest bereits die beiden entferntesten Hauptstädte Neuyork und San Franzisko in unmittelbare Fernsprechverbindung gebracht worden, obgleich der Abstand nicht weniger als 5000 Kilometer beträgt. In Europa gibt es danach keine Entfernung, die von einer Fernsprechleitung nicht zu besiegen wäre. Dabei hat aber die Liebenröhre den Vorzug, eine noch höhere Verstärkung zu bewirken, und man wird daher praktisch von der Möglichkeit einer Umspannung des ganzen Erdenrunds mit einer Fernsprechleitung sprechen können.

Gewerkschaftliches.

Heinrich Schneider gestorben.

Der Redakteur des Proletariers, Verbandsorgan des Fabrikarbeiterverbandes, Heinrich Schneider, ist am Sonntag im städtischen Krankenhaus zu Hannover plötzlich verstorben. Der Tod trat infolge eines Unfalls ein, den sich der Verstorbene am Freitagnachmittag auf der Straßenbahn zugezogen hatte.

Am 16. September 1876 als Sohn eines Schuhmachers geboren, vervollständigte Schneider in späteren Jahren seine dürftige Dorfschulbildung bald durch eifriges Selbststudium. Als ungelernter Arbeiter war er in verschiedenen Industriezweigen tätig, er trat im Jahre 1902 dem Fabrikarbeiterverbande bei. Schon 1905 wurde er Geschäftsführer der Zahlstelle Meißen des Fabrikarbeiterverbandes, ein Jahr darauf Redakteur des Verbandsorgans. Das von ihm geleitete Gewerkschaftsblatt erfreute sich über den Kreis der Berufsgenossen hinaus wegen seines guten Inhalts allgemeiner Beachtung. Besonders aber trat Schneider in der Oeffentlichkeit hervor mit einigen seiner schriftstellerischen Arbeiten, von denen besonders „Statistische Schönfärbereien" und „Gefahren der Arbeit in der chemischen Industrie" zu nennen sind. Er zeigte hier die ungeheuren gesundheitlichen Schädigungen auf, denen die Arbeiter an Leib und Leben in den chemischen Giftbuden ausgesetzt sind und verlangte einen verbesserten Arbeiterschutz für diese bedauernswertesten unter den Proletariern. Nebenher war Schneider auch politisch tätig. Bei der letzten Reichstagswahl im Jahre 1912 kandidierte er im 14. hannoverschen Wahlkreise, unterlag aber in der Stichwahl dem nationalen Gegenkandidaten.

Seine Berufsorganisation und die deutsche Gewerkschaftsorganisation verlieren an dem zu früh Dahingegangenen einen eifrigen Verfechter ihrer Interessen, von dem noch manch Tüchtiges zu erwarten war; sie werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Aus der Partei.

Die Massen fehlten.

Das Casseler Volksblatt schreibt:

Wenn in früheren Jahren der Ruf an die Cassel Arbeiter erging: Kommt, Hüttmann spricht!, dann eilten sie in Scharen herbei um „ihren" Abgeordneten zu hören. Die Säle füllten sich mit proletarischen Kämpfern. Am Sonnabend und Sonntag sprach Hüttmann wieder hier; diesmal im Namen der unabhängigen Sozialdemokratie, zu der er sich heute bekennt. Aber das Bild hat sich geändert. Die gähnende Leere der Versammlungen in Bettenhausen und Rothendittmold und die Zusammenziehung somit der Verlauf der Ihringshäuser Versammlung bewiesen schlagend, daß die Arbeiter unseres Kreises in ihrer großen Masse von der unabhängigen Sozialdemokratie nichts wissen wollen. — In Bettenhausen waren etwa vierzig Mann anwesend, zum größten Teil Unabhängige, die aus allen Bezirken der Stadt gekommen waren, um einen sicheren Resonanzboden für die Ausführungen Hüttmanns zu bilden. In Rothendittmold war der Besuch der Versammlung so gering, daß sie gar nicht abgehalten werden konnte. Nur in Ihringshausen hatte ein volles Haus des Redners. Aber vier Fünftel der anwesenden Ihringshäuser standen auf dem Boden der alten Partei, während der größte Teil der anwesenden Anhänger Hüttmanns aus Cassel und Wolfsanger stammten.

Deutlicher kann sich nicht zeigen, daß die breite Masse der Proletarier von der unfruchtbaren Politik der Unabhängigen nichts wissen will. Alle Hoffnungen auf den raschen Zustrom der Volksmassen in die nur oppositionelle Partei sind kläglich gescheitert. Das einzusehen sollte den getrennt von den großen Heerhaufen der politisch denkenden Sozialisten Marschierenden nachgerade möglich sein! Wollen sie nicht — nun, wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180419-11/fragment/page=0006